# Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 159. Dinstag den 11. Juli 1848.


## Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 54 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Zuruf an die preußischen Deputirten in Berlin. 2) Ein Reglement des königlichen Konsistoriums. 3) Correspondenz aus Hirschberg, Glaz, Grenze von Mittel- und Oberschlesien. 4) Adresse aus der Stadt und Kreis Lauban an die Berliner Versammlung.

**An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 22—26. (112—116.) Bogen des 4. Abonnem. von 30 Bogen. Berlin Bg. 58. Frankf. Bg. 55. 56. 57. 58.**

## Preußen.

**Berlin**, 8. Juli. [Amtl. Art. des Staats-Anzeigers.] Im Verfolge Meiner an das Staats-Ministerium gerichteten Ordre vom 10. d. M. bestimme Ich hierdurch auf Ihren Bericht vom 24. d. Mts., daß die wegen Pensionirung der Offiziere und Militär-Beamten des stehenden Heeres bestehenden Vorschriften vorläufig zwar beibehalten werden sollen, jedoch der Normalbetrag von 4000 Thlr. als Maximum desjenigen Dienst-Einkommens, welches mit dem Rechte des künftigen Pensions-Anspruches im Militairdienste bezogen werden kann, anzunehmen, und demgemäß der bisherige höchste Pensionssatz von 6000 Thaler auf 3000 Thaler jährlich zu ermäßigen ist. — Sanssouci, den 27. Juni 1848. — (gez.) Friedrich Wilhelm. (Contrasignirt) Freiherr Roth von Schreckenstein.

An den Kriegs-Minister General-Lieutenannt
Freiherrn Roth von Schreckenstein.

Der Staats-Anzeiger enthält ferner folgende Bekanntmachung: „In Gemäßheit der §§ 97 und 98 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846 bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß mit Zustimmung des Central-Ausschusses der Bank die Zahlung einer Dividende von 17 Thlr. 15 Sgr, für den Dividenden-Schein Nr. 3 der Bank-Antheils-Scheine beschlossen ist, und daß die Zahlung dieser Dividende bei der Hauptbank hierselbst, bei den Provinzial-Comtoiren zu Breslau, Köln, Danzig, Königsberg, Magdeburg, Münster, Stettin, so wie bei den Kommanditen zu Elberfeld, Elbing, Memel, Posen und Stolpe sofort erfolgt. Berlin, den 8. Juli 1848. — Der Chef der preußißischen Bank. Vermöge Allerhöchsten Auftrages (gez.) von Lamprecht.

Dem Justizrath Evelt zu Düsseldorf ist unter dem 30. Juni 1848 ein Patent auf ein atmosphärisches Eisenbahn-System, insoweit dasselbe nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist, und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile desselben zu beschränken, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preuß. Staats ertheilt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, von Warschau.

**Berlin**, 9. Juli. [Amtlicher Artikel des Staats-Anzeigers.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Militär-Intendanten des 6. Armee-Korps, wirklichen geheimen Kriegsrath Waymar, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub (s. vorgestr. Br. Z.), so wie dem Provinzial-Steuer-Kassen-Rendanten, Rechnungs-Rath Hoffmann in Posen, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Das 29ste Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 2997 den allerhöchsten Erlaß vom 24. Mai d. J., die Annahme und Auszahlung kleiner Geldbeträge für Privat-Personen durch Vermittelung der Post-Anstalten betreffend; Nr. 2998 das allerhöchste Privilegium für die Ausstellung auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Aachen zum Betrage von 100,000 Rthlr. Vom 19. Juni d. J.; Nr. 2999 die allerhöchste Genehmigungs-Urkunde vom 25. Juni d. J., betreffend die Umwandlung von 870 Stück Stamm-Aktien der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft in fünfprozentige Prioritäts-Stamm-Actien; und Nr. 3000 das Gesetz, betreffend den mit der Anstellung oder Beförderung im Staatsdienst verbundenen Verlust der Mitgliedschaft in der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung. Vom 6. Juli d. J.

Dem Stempel-Revisor und Techniker C. T. N. Mendelssohn zu Berlin ist unter dem 5. Juli 1848 ein Patent auf einen Dampfhammer in zwei durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzungen, ohne die Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Abgereist: Se. Excellenz der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich würtembergischen Hofe, General-Lieutenant v. Thun, nach Stralsund.

Die Gesetzsammlung enthält folgenden oben erwähnten allerhöchsten Erlaß vom 24. Mai 1848: „Auf den gemeinschaftlichen Bericht des Finanzministerii und des Ministerii für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten bestimme Ich hierdurch, daß die preußischen Postanstalten, bei Aufgabe von Briefen oder Briefadressen, auf Verlangen baare Zahlungen in Beträgen bis zu fünf und zwanzig Thalern einschließlich zur Wiederauszahlung an einen bestimmten Empfänger im Bereiche des preußischen Postverwaltungsbezirkes anzunehmen, verpflichtet sein sollen. Für die richtige Auszahlung dieser Beträge hat die Postverwaltung in derselben Weise Garantie zu leisten, wie für die Versendung von Geldern. Die zur Postkasse zu zahlende Gebühr für dergleichen Zahlungsleistungen soll einen halben Silbergroschen für jeden Thaler und für jeden Theil eines Thalers betragen. — Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ermächtige Ich, wegen Ausführung dieser Anordnung das Weitere zu veranlassen. Sanssouci, den 24. Mai 1848. — **Friedrich Wilhelm.** Hansemann. v. Patow.“

(Staats-Anz.) Aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: „Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß das Ministerium zur Erledigung der Medizinalreform einen Kongreß der preußischen Aerzte, hervorgehend aus direkten Wahlen der Standesgenossen, berufen wolle. Andere nicht minder achtbare Stimmen haben theils schriftlich, theils in Druckschriften eine solche Maßregel zwecklos, vielmehr den bisher eingeschlagenen Weg für genügend und besser erklärt. — Eine Eingabe mehrerer berliner Aerzte, deren wirklicher Inhalt in die Zeitungen übergegangen ist, versichert, daß diese Angelegenheit „seit länger als zehn Jahren im schleppenden Geschäftsgange vergeblich ihrer Entledigung entgegen harre.“ Sie verspricht sich von dem bisher betretenen Wege eines „büreaukratischen Bevormundungs-Systems“ überhaupt keinen Erfolg und glaubt, daß diese Sache in die Hände des „ausschließlich kompetenten Heilpersonals“ gelegt werden müsse. — Es muß hier zunächst berichtigend bemerkt werden, daß die Centralbehörde die Reform-Angelegenheit nicht vor länger als 10 Jahren, sondern am 24. Juli 1846 in einer Weise eingeleitet hat, welche nicht nur den Behörden, sondern auch allen praktischen Aerzten, ja sogar (da doch bei dieser Sache auch die Kranken betheiligt sind) der ganzen gebildeten Welt eine Mitwirkang gestattete. — Behörden und Aerzte haben von dieser Aufforderung in einer Weise Gebrauch gemacht, daß das Ministerium über alle Theile dieser Sache mit einem sehr schätzbaren und reichhaltigen Materiale versehen ist und keinen Anstand nehmen würde, aus demselben weiter zu bauen, wenn nicht mehrere Aerzte, welche in den verflossenen zwei Jahren mit ihren Vorschlägen zurückblieben, jetzt mit der Versicherung einer nachträglichen Betheiligung hervorgetreten wären. — Daß bei den bisher getroffenen Einleitungen auch die Mitglieder der medizinischen Fakultäten, der Medizinal-Kollegien, die Regierungs-Medizinal-Räthe und tüchtige Kreis-Medizinal-Beamte gehört sind, steht mit der „Kompetenz der Aerzte“ um so weniger in Widerspruch, als alle diese Männer Aerzte sind und ihre sonstigen Verdienste um die Wissenschaft, Lehre und Verwaltung doch nicht geringer veranschlagt werden konnten, als die der übrigen Aerzte. Das Ministerium ist jedoch weit entfernt gewesen, dem ärztlichen Publikum nur dann eine Stimme einzuräumen, wenn es in Form einer Behörde auftritt. Eine große Menge vorliegender Druckschriften beweist, daß auch seitens solcher Aerzte, welche keine Beamten sind, der Einladung des Ministeriums entsprochen ist. Auch die freie Association hat aus den verschiedensten Theilen der Monarchie gehaltvolle Beiträge geliefert. Selbst das Ausland ist nicht zurückgeblieben. Das beabsichtigte Werk ist demnach in der That auf der allerbreitesten Grundlage der freien Wissenschaft angelegt. Das viele Gute, welches bereits da ist, soll jedoch den Dank des Ministeriums nicht vermindern, wenn noch Besseres nachträglich gebracht wird. Gern wird daher der neuen Medizinal-Verfassung so lange Anstand gegeben werden und zweckmäßigerweise gegeben werden müssen, bis die neue Staats-Verfassung zum Grunde gelegt werden kann. Dann aber wird die Gesetzgebung ungesäumt jene dieser folgen zu lassen bemüht sein. — Im Rechte der freien Vereinigung liegt selbstredend auch die Befugniß der Aerzte und Wundärzte, ihre Wünsche und Ansichten nicht bloß provinziell zu behandeln, sondern auch, ganz nach ihrem Gutbefinden, sich zu einem Central-Vereine, etwa in Berlin, wozu die Aerzte des ganzen Staates aus ihrer Mitte gewählte Deputirte senden können, sich zusammenzusetzen. Das Ministerium wird aber ein solches Central-Comité nicht berufen, weil es, abgesehen von dem Gutachten der Provinzial-Behörden, durch die freie Presse hinreichend informirt ist und die freie Rede nicht „bevormunden“ will. Analoge Erfahrungen in anderen Zweigen seiner Verwaltung haben hinreichend dargethan, daß, so gut auch die Absicht gewesen, die Leitung derartiger informatorischer Versammlungen durch Staats-Organe bewirken zu lassen, es doch zur Beseitigung jeder Mißdeutung vorgezogen werden muß, die Berathungen ohne alle Einmischung von Seiten des Staats sich durchaus frei bewegen zu lassen. — Uebrigens werden die Vorschläge freier ärztlicher Vereine, es mögen dieselben unmittelbar aus kleineren Kreisen oder durch Vermittelung eines Central-Kongresses erstattet werden, dieselbe sorgfältige und dankbare Prüfung finden, welche die Vorschläge der Behörden, Fakultäten und einzelner Aerzte finden sollen und zum Theil schon gefunden haben. — Damit aber die Zögerung derer, welche neue Anträge in Aussicht gestellt haben, nicht abermals der Central-Behörde zugerechnet werde, muß hier die bestimmte Erklärung folgen, daß nur solche Vorschläge auf eine sichere Prüfung rechnen können, welche spätestens bis zum 1. Oktober d. J. eingehen.

Die Verfügung des Ministeriums der geistlichen rc. Angelegenheiten vom 8. v. M., nach welcher die Lehrer-Kollegien der höheren Schulanstalten zu schriftlicher Aeußerung ihrer Wünsche und Ansichten in Betreff der etwa nöthigen Reform der gedachten Anstalten veranlaßt worden und demnächst Berathungen mit einzelnen Direktoren und Lehrern stattfinden sollten, hat zu mehreren Petitionen und Anträgen Veranlassung gegeben, es möge den Lehrer-Kollegien gestattet werden, durch selbstgewählte Mitglieder ihre Wünsche dem Ministerium unmittelbar vorzutragen. — Es kann dem Zwecke nur förderlich sein, wenn die Information in Betreff derjenigen Momente, welche bei der Berathung über eine so wichtige Angelegenheit zu berücksichtigen sind, so weit die Umstände es gestatten, in einer den Wünschen der betheiligten Lehrer entsprechenden Weise stattfindet. — Der Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten hat daher beschlossen, die auf den 25. d. M. anberaumte Versammlung von Direktoren und Lehrern nicht zusammentreten zu lassen, sondern Abgeordnete, welche von den Lehrern erwählt werden, nach einigen Monaten einzuberufen. Ueber die Wahl, die Zeit der Versammlung und die Zahl ihrer Mitglieder wird das Nähere noch bestimmt werden. (St.-Anz.)

**Berlin**, 8. Juli. [Tagesbericht des Correspondenz-Bureau.] Die Aufläufe vor den Kasernen des Alexander- und Franz-Regiments dauerten bis gestern tief in die Nacht. Es war den Leuten jedoch nicht so rechter Ernst mit der Verhinderung der Truppeneinzüge, denn es blieb beim Reden und Niemand wandte Gewalt an. Die Truppen, welchen die Kasernen zum Aufenthalt angewiesen waren, verhielten sich der Demonstration des Volkes gegenüber ruhig, die der Heranziehung der Truppen abgeneigte Bürgerwehr begnügte sich, Widerspruchserklärungen abzugeben, und nur eine geringe Anzahl hatte sich in die Kaserne des Alexanderregiments begeben, die Wachstube besetzt und die Thür verbarrikadirt, verließ dieselbe jedoch, als die Soldaten zum Fenster hineinstiegen. — Nun bricht jedoch der Sturm von allen Seiten gegen den Magistrat los. Die Bürger würden es ihm verziehen, vielleicht gedankt haben, daß er die militärische Garnison verstärkt hat, wenn er nicht den Formfehler begangen hätte, dies ohne vorgängige Anfrage bei der Bürgerwehr zu thun. Eigentlich ist es nur dies, was den Widerspruch gegen die Maßregel hervorruft. Dagegen bekämpfen die Klubbs die Hereinrufung des Militairs principiell. Nicht blos die demokratischen Vereine, auch der konstitutionelle Klubb speit Feuer und Flamme. Er hat es an Deputationen und Proklamationen nicht fehlen lassen. Sie kommen alle darin überein, daß die Maaßregel die Ruhe der Stadt gefährde, das Vertrauen zu den Behörden untergrabe, die dem Institut der Bürgerwehr gebührende Achtung verkümmere und die Eintracht zwischen Militär und Bürger erschwere. Der demokratische Klubb hat auf heute Abend eine Volksversammlung berufen und neben der Wahl des Reichsverwesers auch diese Angelegenheit auf die Tages-Ordnung gesetzt. — Im Volke, welches sich gestern auffallend nachgiebig gezeigt hat, herrscht heute die Aufregung fort. Die Leute haben sich indeß glücklicherweise die allgemein verbreitete Ueberzeugung angeeignet, daß „die Reaktion" geflissentlich eine Emeute herbeiführen wolle und verhalten sich deshalb ruhig. Sie stehen indeß schon seit heute früh in dichten Haufen unter den Linden und in der Königsstadt. Das Augenmerk ist heute hauptsächlich auf die Tische der Placatenhändler gerichtet, welche die Polizei nicht mehr dulden will. Gestern hat man sich auf mündliche Verbote beschränkt und die Händler haben durch passiven Widerstand gesiegt. Sollte die Behörde ihre Verfügung mit Nachdruck durchzusetzen versuchen, so nimmt das Volk doch am Ende für die in ihrem Erwerb gestörten Verkäufer Partei. — Die Flugblätter und Plakate haben sich über Nacht vermehrt, wie die Regenwürmer nach dem Regen. Das Hereinziehen der Truppen, Magistrat und Bürgerwehr, endlich Hansemanns Erklärungen überden Staatsschatz haben dazu den hauptsächlichsten Stoff geliefert, der in Prosa und Poesie, hochdeutsch und im berliner Dialekt, reactionär und revolutionär ausgebeutet wird. Wir erwähnen namentlich ein „Klagelied" von Isaac Moses Hersch; ferner ein „Selbstgespräch des Rentiers Pumpelbacher" („der Magistrat ooch futsch? Na des is zu doll! Wenn der Mensch ooch als Behörde nich mal sicher is, denn hol' der Deibel die ganze Zucht!"); „das Nachegespenst der Gesinnungsverfolgung" (mit Beziehung auf den Monekeschen Prozeß); „Revolution à la charte", persiflirt die Leiter der Volkspartei. Die „Errungenschaften" bringen ein langes Verzeichniß der Früchte des März: alle 8 Tage neue Minister, Pöbelherrschaft, gesunkener Credit, eine freie Presse, die das Heilige in den Staub zieht rc. — Die gestrige Erklärung des Finanzministers über den Staatsschatz, die Behauptung, derselbe habe seit 1840 nicht ab- sondern zugenommen, der offene Widerspruch, in den sich der Minister mit eigenen früheren Aeußerungen, mit der Ausschreibung der freiwilligen und Androhung der Zwangs-Anleihe setzt, — das Alles giebt den Leuten viel zu denken. Alle Parteien sind dadurch unzufrieden gemacht. Ehrsame Bürger, alte Militärs und alle Anderen, in deren Herzen noch Pietät für den verstorbenen König lebt, sehen darin eine Verdächtigung seiner Rechtlichkeit. König Friedrich Wilhelm III., argumentiren sie, hat gespart; wenn bei seinem Tode kein Geld im Schatz war, so müßte es vorher bei Seite gebracht worden sein. Die Meisten bezweifeln übrigens, daß der Schatz seit 1840 zugenommen hat. — Die Freunde des in Folge des Zeughaus-Attentats noch in Haft befindlichen Studenten Feenburg fürchten, daß derselbe an Rußland, das er als Flüchtling verlassen hat, ausgeliefert werden könnte. Es wird deshalb eine Deputation an den Justiz-Minister geschickt werden, damit die Gerichte jener Polizei-Maßregel, wenn sie im Werke sein sollte, zuvorkommen. Auch an den Herzog von Augustenburg ist jemand abgeordnet, um eine Intervention der schleswig-holsteinschen Regierung, in deren Dienste Feenburg steht, zu veranlassen. — Zur „Radicalreform der Erwerbsverhältnisse" hat vorgestern die vom Herrn Held berufene Versammlung stattgefunden. Dieselbe hat sich als Verein constituirt und ein provisorisches Comité aus dem Goldarbeiter Bisky, dem Konditor Karbe, dem Grafen Pfeil, dem Schriftsetzer Born und dem Börsenmakler Salomon zusammengesetzt. Politische Fragen sollen von der Diskussion ausgeschlossen sein, da Herr Held als primären Zweck des Vereins die Sorge für den Magen bezeichnet. — Die 8 Abtheilungen der National-Versammlung haben neue Vorsitzende und Schriftführer gewählt. Präses der 1sten Abtheilung ist v. Unruh, der 2ten von Kirchmann, der 3ten v. Puttkammer, der 4ten Dunker, der 5ten v. Wangenheim, der 6ten Ritz, der 7ten Köhler, der 8. Riedel. — Der demokratische Central-Ausschuß des frankfurter Congresses hat sich aus der hiesigen demokratischen Partei von Dr. Meyer und Dr. Hexamer adjungirt.

**Berlin**, 9. Juli. [Tagesbericht des Korrespondenz-Bureau's.] Obgleich die gestern Abend stattgehabte Volksversammlung die wegen der Hereinholung der Truppen herrschende Aufregung nicht wenig steigerte, so blieb es dennoch ruhig, und bis diesen Augenblick sind die Befürchtungen, welche sich an jene Maßregel der Staatsbehörden knüpften, durch Nichts gerechtfertigt. Die Volksversammlung selbst war merkwürdig einerseits wegen der fast andächtigen Stille, mit welcher die vielen Tausende die Redner anhörten, andererseits wegen der zahlreichen Theilnahme von Personen, welche sich bisher von dergleichen Versammlungen stets fern zu halten pflegten. Es befanden sich unter den Zuhörern nicht weniger als 20—30 Gensd'armen, berittene und unberittene in ihrer Uniform und fast das ganze Kriminal-Kommissariat. Dieser Umstand ist vielleicht für das Stadium, in welches gegenwärtig die Entwickelung unserer Zustände getreten ist, bezeichnend. Von den Rednern, welche auftraten, ist nennenswerth der Abgeordnete von Mühlheim Herr Gladbach. Einiger Tumult wurde gegen den Schluß der Verhandlungen dadurch erweckt, daß einer der Anwesenden von einem Kriminal-Kommissarius eine Aeußerung gehört zu haben behauptete, die man auf eine beabsichtigte Verhaftung des Hrn. Ottensoser deutete. Dieser, der gleichfalls uno mit vielem Beifall zu der Versammlung gesprochen, ist indeß bis diesen Augenblick noch nicht verhaftet. Ein Theil der Versammlung begab sich nach der Stadt, um dem bedrohten Redner ein Lebehoch zu bringen. „Am 16., 17. oder 18. Juli wird eine völlige Umkehrung der Verhältnisse stattfinden. Die Nationalversammlung wird aufgelöst, die Bürgerwehr entwaffnet, die Klubbs werden aufgehoben, kompromittirte Volksführer verhaftet werden." Dies ist das neueste Bülletin der Zukunft, welches heute viel Verbreitung und Glauben gefunden hat. Eine Menge kleiner Thatsachen werden als bewahrheitende Indicien mitgetheilt. So soll dem Prof. Fröbel (Mitglied des Frankfurter demokratischen Central-Ausschusses) statt der von ihm geforderten vierteljährigen Aufenthaltskarte eine bis zum 15. Juli lautende ertheilt und auf seine dieserhalb an das Polizei-Präsidium gerichtete Anfrage der mündliche Bescheid gegeben sein: Hr. Prof. Fr. möge sich beruhigen, er werde am 16. nicht mehr hier sein. Auch mit Berichten über geheime Konferenzen u. m. dgl. trägt sich das Gerücht, die ungefähr ebensoviel Beweisendes haben, als das eben Mitgetheilte. — Der Postsekretär Hain, welcher dem demokratischen Kongreß als Vertreter des Vereins der Volksfreunde in Schweidnitz beigewohnt hat, ist deshalb zur Disciplinar-Untersuchung gezogen. Sein Inquirent, der geh. Postrath und Kammergerichtsrath Grein machte ihm bemerklich, es komme ihm als Diener des Königs nicht zu, Rechte des Volkes zu vertreten. Es muß hier bemerkt werden, daß Hr. Hain durch eine die Postverhältnisse besprechende Broschüre das Mißfallen seiner Behörde gegen sich erregt haben mag. — Auf die nächste Sitzung der National-Versammlung sind die Erwartungen sehr gespannt. Vielfach wird behauptet, Herr v. Auerswald werde von dem Beschluß auf den Jakobischen Antrag das Fortbestehen seines Ministeriums abhängig machen. Man muß indeß daran zweifeln, da es ziemlich gewiß ist, daß der Minister-Präsident aus persönlicher Freundschaft für den König nur im dringendsten Falle seine Entlassung nachzusuchen entschlossen ist. Von den vielen dem Finanz-Ministerium eingereichten Finanz-Vorschlägen verdient der von Herrn W. Seldis entworfene Plan aus dem Grunde Erwähnung, weil behauptet wird, Herr Hansemann beabsichtige, auf denselben unter einigen Modifikationen einzugehen. Nach dem Projekt des Herrn Seldis sollen sämmtliche vom Staat garantirte oder 4% tragende Eisenbahnen durch Ausgabe von Eisenbahn-Kassen-Scheinen vom Staate angekauft und somit zu Staats-Eigenthum gemacht werden. Durch eine in Vorschlag gebrachte Lotterie würden die Papiere in etwa 35 Jahren amortisirt und die Eisenbahnen unbelastetes Eigenthum des Staates sein. — Die Frankfurter (a. O.) Messe ist besser ausgefallen, als erwartet wurde. Der Grund mag zum Theil darin liegen, daß diesmal auch Verkäufer sich haben abhalten lassen, die Messe zu besuchen. Es wird versichert, daß das Quantum der auf den Markt gebrachten Waaren selbst dem geringen Bedarfe nicht genüge. Die Preise sind daher natürlich besser, wenngleich die Zahl der Einkäufer nur gering ist. Die polizeiliche Fremdenliste vom Donnerstage, also vom 4. Tage nach dem gesetzlichen Beginn der Messe, ergab wenig über 2000 Meßfremde. Unter diesen sind natürlich die vielen Kommis, Markthelfer und Harfenistinnen mitbegriffen. Die Wollproduzenten, welche den Besuch des hiesigen Marktes gescheut hatten, haben ihre Vorräthe nach Frankfurt gebracht. Ausländer haben viel davon gegen baar gekauft.

♂ **Berlin**, 9. Juli. [Die hohe Pforte. Rußland und die Türkei. Ein Preßgesetz soll in Aussicht stehen.] Die hohe Pforte, die sich bis jetzt durchaus renitent in der Anerkennung der französischen Republik gezeigt, ist in ein sehr intimes Verhältniß zu Rußland getreten — und zwar in ein Verhältniß, welches weit über die bekannten Traktate hinausgeht und welches Rußland bei einer entscheidenden Wendung der Diuge nicht nur vor einer etwaigen feindlicheu Allianz der Türken bewahrt, sondern die Landmacht der letzteren dem Czaren theilweise zur Verfügung stellt. Auch von der andern Seite sind große Zugeständnisse gemacht, und auch diese Umstände deuten darauf, daß man in Rußland auf eine offensive Katastrophe im Westen gefaßt ist, welcher gegenüber man jede Chance berechnet. — Die neue rheinische Zeitung ist gestern nicht hier angekommen, und man vermuthet, daß sie confiscirt worden. — In Bezug auf das Einrücken der zwei Bataillone aus dem 12. Regiment durch bloße Machtvollkommenheit des Magistrats herrscht hier noch immer in vielen Kreisen Erbitterung; die ziemlich stürmischen Scenen vorgestern Nacht vor der Kaserne, wo die Bürgerwehr Bajonettangriffe anwenden mußte, haben sich indeß nicht wiederholt, obschon große Vorsichtsmaßregeln getroffen waren. Wie man sich auch von mancher Seite bemüht, das Gegentheil zu behaupten — es steht fest, daß ein ruhigerer Sinn hier die Gemüther zu durchdringen beginnt; und die Führer der demokratischen Partei erkennen wohl am ehesten, daß etwaige Excesse erregter Massen ihrer Sache den größten Schaden bringen möchten. Gestern Abend hatten wir eine Volks-Versammlung, zu der von sämmtlichen demokratischen Klubbs je zwei Redner delegirt waren, und in welcher es, unter Anwesenheit des Personals der österreichischen Gesandtschaft, ziemlich heftig über die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers herging. Bei dieser Gelegenheit zeigten sich auch zahlreiche Gensd'armen, die aufgestellt waren und an welche Einer der Redner, Herr Ottensesser, eine feurige Apostrophe hielt. — Man spricht von einem provisorischen Preßgesetz für uns, soll wohl heißen: von provisorischen Preßmaßregeln. Bekanntlich ist Herr Hesse (vom antediluvianischen Zeitalter hier als freisinniger Beamter bekannt) mit der Ausarbeitung einer derartigen Gesetzesvorlage beschäftigt, die aber auf sehr umfassender Grundlage beruhen soll. Ein deutsches Preßgesetz thut wahrlich noth. — Aus dem Elsaß will man hier Nachrichten haben, daß dort französische Freischaaren behufs einer republikanischen Schilderhebung an der badisch-schweizerischen Grenze geworben werden.

**Potsdam**, 8. Juli. Zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers von Rußland war gestern ein großes Diner auf Sanssouci, zu welchem die kais. russische Gesandtschaft, so wie auch der Graf Benkendorf, Flügel-Adjutant des Kaisers, eingeladen waren. Se. Maj. der König, so wie sämmtliche Prinzen des k. Hauses waren in der russischen Uniform der ihnen ertheilten Regimenter erschienen. Se. Maj. der König brachte die Gesundheit des Kaisers aus, welchen Toast der russische Gesandte, Frhr. v. Meyendorf, erwiederte, worauf durch ein Musikchor des 1. Garde-Regiments die russische Nationalhymne gespielt wurde. Sämmtliche Wasserkünste waren in Bewe-

zung. Am Abend machte der Hof vom Marmorpalais, im neuen Garten, aus, eine Wasserfahrt nach der Pfaueninsel. — Die Bittschriften an Se. Majestät vermehren sich. Der König nimmt persönlich an jedem Morgen von Vielen die Gesuche entgegen und tröstet mit Wort und That auf die leutseligste Weise die Bittenden. Die Opfer, welche der König auf diese Weise bringt, sind sehr bedeutend. (Spen. Z.)

**Stettin**, 9. Juli. [Prinz von Preußen kommt nach Stettin. Falschmünzer. Volksjustiz.] Der Prinz von Preußen hat dem Oberpräsidenten seine Ankunft baldigst in Aussicht gestellt, weil er seiner Sehnsucht, Pommern zu sehen, nicht länger widerstehen könne. Er wird verschiedene öffentliche Orte und Versammlungen hier besuchen. Man nennt als solche namentlich den Logengarten und den Volksverein. Für den letzten wird die Anwesenheit des Prinzen ein gutes Kriterium seiner demokratischen Gesinnung sein. — Vor einigen Tagen entdeckte man bei dem Instrumentenhändler G. den vollständigen Apparat zur Anfertigung von sächsischen Kassen-Anweisungen. Der gute Mann wollte sein Thun damit entschuldigen, daß er auf keine andere Weise wüßte seinen Gläubigern gerecht zu werden. — Die Bürger der kleinen Stadt Lassau haben ihren Bürgermeister, welcher sich verschiedene Ueberschreitungen seiner Amtsbefugniß hat zu Schulden kommen lassen, mit guter Manier zum Thore hinausgebracht. Die Regierung will ihn aber mit Hülfe einer Schwadron Husaren wieder einsetzen. Nach Wolgast, wo man Aehnliches befürchten zu müssen glaubt, hat man gleichfalls eine Abtheilung Jäger geschickt.

**Posen**, 8. Juli. [Amtliches.] Die Posener Zeitung enthält folgende zwei Bekanntmachungen: I. „Dem Vernehmen nach wird von dem Associations-Rechte ein ausgedehnterer Gebrauch als bisher hier am Orte gemacht, wiewohl dessen Belagerungszustand noch nicht aufgehoben worden ist. Bei den noch gereizten und kranken Zuständen in der hiesigen Provinz muß jedoch alles vermieden werden, was Veranlassung zu neuer Aufregung geben kann. — Der unterzeichnete kommandirende General erklärt daher, daß er zur Zeit nur die hierselbst bereits bestehenden politischen Gesellschaften dulden, nicht aber in die Bildung derartiger neuer Vereine willigen kann, bevor dieselben die Genehmigung der hiesigen Kommandantur nachgesucht und erhalten haben. — Posen, den 8. Juli 1848. Der inter. kommandirende General v. Brünneck. — II. Zur Vermeidung unnöthiger Korrespondenzen und zeitraubender mündlicher Verhandlungen macht der Unterzeichnete das hiesige Publikum damit bekannt, daß er höhern Orts noch nicht dazu bevollmächtigt worden ist, gegen die hiesigen politischen Gefangenen Untersuchungen führen zu lassen, und ihm hiernach keine Befugniß zu ihrer Ueberweisung an die betreffenden Civil-Gerichte oder zu deren gänzlicher Entlassung aus dem Gefängniß zusteht. — Posen, den 8. Juli 1848. Der inter. kommandirende General v. Brünneck.

**Halle**, 6. Juli. [Petition der Orthodoxen.] Wir erfahren, daß die Theilnehmer an einer „außerordentlichen" Versammlung des Pastoral-Vereins (der orthodoxen und altkirchlichen Geistlichen) in Gnadau am 27. Juni, und einer gleichzeitigen Konferenz der Bekenner der „unveränderten Augsburgischen Konfession" in der Provinz Sachsen (der Altlutheraner) am 27. und 28. Juni in Wittenberg den gemeinsamen Entschluß gefaßt haben, wie die Einen so auch die Andern mit Petitionen an den König zu gehen, in welchen gegen einen Kultus-Minister, der einem Landtage verantwortlich sei, protestirt und auf die Bestellung eines dergleichen eigenen und unabhängigen Ministers, überhaupt auf Wiedereinrichtung eines selbstständigen Kirchenregiments dringend angetragen werden soll. Solcher Petitionen sollen möglichst recht viele werden. (Magd. Z.)

**Köln**, 6. Juli. [Verhaftungen.] Es wurden diesen Morgen früh noch vier Personen des Arbeitervereins, deren Vorsitzende Dr. Gottschalk und Anneke waren, gefänglich eingezogen, die Herren Jansen, Esser, Kuback und Willms. Man soll ihnen hauptsächlich thätige Mitwissenschaft an geheimen Verbindungen zur Last legen. Einige Andere der Gravirten sollen im Laufe des Tages die Flucht ergriffen haben. Die Gesellschaft muß weit verzweigt sein, da ihre Mitglieder, wie es heißt, bis an die Ostsee gränzen. Die Gensdarmerie wollte gegen 6 Uhr schon in das Haus im Kranz am Altenmarkt dringen, um Individuen einzufangen, allein der Eigenthümer desselben, Herr Simons, gab es nicht zu. Jene suchten Leute des Vereins, die daselbst sollten übernachtet haben, welches indessen nicht der Fall ist. Auf zunächst bei Köln wohnende Leute soll man ebenfalls Jagd machen. (D. Z.)

**Wesel**, 6. Juli. [Armirung der Festung.] Vor einigen Tagen inspizirte der Generallieutenant Aster die hiesigen Festungswerke. Wir sind nunmehr in ein zweites Stadium der Vorbereitungen für den Kriegszustand getreten. Die Armirung der Festung ist befohlen. In den Bastionen der Außenwerke werden Pulverreservoirs angelegt. Das dritte Stadium, die gänzliche Rasirung der Glacis und den Abbruch der Häuser innerhalb des ersten Festungsrayons werden wir hoffentlich nicht erreichen. Die Infanterie-Rekruten, die sonst im Oktober eintraten, treffen schon jetzt hier ein. Die vor Kurzem eingezogenen Pionnier-Reserven sind jedoch wieder entlassen, sowie viele Arbeiter, die bisher mit den hiesigen Befestigungsarbeiten beschäftigt waren, wodurch, bei dem Mangel sonstiger Arbeit, eine große Verlegenheit für die Stadt herbeigeführt worden ist. (Voß. Z.)

## Krieg mit Dänemark.

**Hadersleben**, 4. Juni. Der kommandirende General ist heute von Christiansfeld, wo er sich einige Tage aufgehalten, hierselbst eingetroffen und man nimmt an, daß das Hauptquartier sich hier dauernd etabliren werde. Der Norden ist besetzt und geschützt, der General Bonin steht in Christiansfeld, der Prinz Friedrich in Woyensgaard, Maugstrup und nach Westen hin. Die Patrouillen streifen an die Gränze. An einen so schleunigen Rückzug des Feindes hat wohl Niemand geglaubt, in Betracht, daß die Gegend zur Vertheidigung, selbst gegen einen überlegenen Feind, wie geschaffen ist, und jetzt mögen beide Theile von gleicher Stärke gewesen sein, etwa 16 bis 20,000 Mann.

**Altona**, 8. Juli. Die gestern angekommenen Reserven vom Kaiser Franz- und Kaiser Alexander-Regiment, so wie vom Neuchateller Schützen-Bataillon, 800 Mann stark, sind heute mit dem Morgenzuge nach Rendsburg abgegangen. Die Reservisten der beiden erstgenannten Regimenter waren nur von je einem Offizier, die Gardeschützen sogar nur von einem Unteroffizier angeführt. Die Mannschaft besteht zum Theil aus verheiratheten Männern, welche besonders aus den östlichen Provinzen Preußens gebürtig und daselbst als Handwerker u. s. w. ansäßig, meist auch bereits seit zwei Jahren aus dem aktiven Kriegsdienst getreten sind. Nach den Mittheilungen Einiger sollen bis zum 16. d. M. noch täglich neue Verstärkungen der preußischen Armee, im Ganzen gegen 6000 Mann, darunter das 19. Infanterie-Regiment, meist aus Posenern bestehend, das 2. Garde-Regiment und ein Infanterie- so wie ein Kavalerie-Regiment nebst einer Batterie aus Aachen nachfolgen.

**Kopenhagen**, 5. Juli. So viel man bis heute erfährt, ist bei den Verhandlungen, welche zur Erzielung eines Waffenstillstandes in Malmö gepflogen sind und am 1sten d. M. zum vorläufigen Abschlusse derselben geführt haben, ein neuerer Vorschlag Englands zum Grunde gelegt worden, dahin gehend, daß 1) beide Theile das Herzogthum Schleswig und die dazu gehörigen Inseln — nach anderen Angaben beide Herzogthümer und die dazu gehörigen Inseln, mit Ausnahme einerseits der Stadt Altona, andererseits der Insel Alsen — gänzlich räumen; 2) die gemachten Gefangenen, sowohl des Militär- als des Civilstandes beiderseits herausgegeben werden; 3) beide Theile die in ihren Militärdiensten stehenden Eingeborenen des Herzogthums Schleswig dieses Dienstes entlassen und ihre Freikorps auflösen; 4) für alles Vergangene von beiden Seiten Amnestie verkündet werde; 5) der Werth der von Dänemark angehaltenen Schiffe und Ladungen und der Werth des von den Alliirten in Jütland kontributionsmäßig Erhobenen gegen einander verrechnet und der Ueberschuß von dem Theile erstattet werde, bei welchem er sich finde; 6) bis zum endlichen Frieden eine provisorische Regierung, unter einem Präsidenten aus vier oder sechs, bei den bisherigen Differenzen gänzlich unbetheiligten Männern bestehend, eingesetzt werde, deren Räthe zur Hälfte vom deutschen Bunde, zur andern Hälfte vom Landesherrn, deren Präsident aber von den Räthen und nöthigenfalls von einem Obmann — England — zu ernennen seien; und endlich 7) der Landesherr während des Waffenstillstandes sich entscheide, ob er lieber das Herzogthum Schleswig ungetheilt und außerhalb des deutschen Bundes, jedoch mit Holstein durch eine gemeinsame Ständeversammlung und durch eine gemeinschaftliche Verwaltung verbunden sehen, oder ob er lieber dasselbe theilen und den nördlichen Theil in Dänemark einverleiben, den südlichen Theil aber, verbunden mit Holstein, dem deutschen Bunde beitreten und der Erbfolge des Mannsstammes anheimfallen lassen wolle. Welche dieser Bedingungen in dem abgeschlossenen Waffenstillstands-Vertrage Aufnahme gefunden haben, wird die nächste Zukunft lehren. (Hamb. Bl.)

„Kjöbenhavnsposten" vom 3. Juli hat Folgendes als glaubwürdig wiedergegeben: „Der Secretair beim preußischen Gesandten in Malmö ist gestern als Courier nach General Wrangels Hauptquartier abgegangen, mit folgenden Bedingungen für einen Waffenstillstand auf 3 Monate, welche als von Preußen angenommen angesehen werden können; aber Wrangel hat seine Bestallung vom Bundestage, es wird also darauf ankommen, ob er sich zurückziehen wird. Die Bedingungen lauten: Daß die Truppen beider Parteien die Herzogthümer mit Ausnahme von Alsen räumen, welches von den Dänen besetzt bleibt, und daß die im dänischen Heer vorhandenen Schleswiger in Schleswig und die Holsteiner in Holstein bleiben dürfen; die Schiffe werden freigegeben, die provisorische Regierung in Rendsburg legt ihre Funktionen innerhalb 14 Tagen nieder, und es wird eine neue provisorische Regierung ernannt, bestehend aus Einem dänischen, Einem englischen und Einem deutschen Commissair, welche beide Herzogthümer im Namen des Königs von Dänemark verwalten. Der Gedanke, daß der General Wrangel den König von Preußen nicht als seinen rechten Herrn ansehen sollte, scheint ziemlich überflüssig. **Der Ausfall des Kampfes in Paris wird wohl schon dem Frankfurter Parlament einen großen Theil seiner Bedeutung genommen haben: die Reaktion wird sich bald in Frankfurt und Berlin geltend machen, und die nationalen Doctrinaire werden nicht die Letzten sein**, welche ihre Forderungen herabstimmen.

**Hamburg**, 8. Juli. Aus guter Quelle erfahren wir, daß Graf Pourtales und der schwedische Unterhändler mit den Bedingungen des Waffenstillstandes erst am Mittwoch Abend von Malmö in Berlin eingetroffen sind, am Donnerstag die ersten Konferenzen mit dem preußischen Ministerium gehabt haben und Abends nach Potsdam zum König gegangen sind, mit dem gestern (Freitag) Konferenzen stattgefunden haben werden. Es ist also nicht zu verwundern, daß wir heute noch nicht über das Resultat unterrichtet sind. (B.-H.)

## Deutschland.

**Frankfurt a. M.**, 5. Juli. [Deutsche Wehrverfassung.] Der Ausschuß der constituirenden Versammlung für die Wehrangelegenheit hat durch seinen Referenten, Abg. v. Auerswald, einen Bericht „über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit Deutschlands und über die Mittel zur Verbesserung derselben" erstattet. Der Ausschuß stellt folgende Anträge: „Die Versammlung wolle die deutschen Regierungen durch den Bundestag einladen lassen, ihre Bundescontingentstruppen nach Verhältniß der Waffengattungen auf diejenige Zahl zu bringen, welche dieselben nach Maßgabe des bestehenden Prozentsatzes bei der gegenwärtigen, durch die letzte Volkszählung festgestellten Bevölkerung wirklich haben müssen, die Ausführung dieser Maßregel aber in möglichst kurzer Frist zusichern." Ferner wolle die Versammlung beschließen, die einzelnen deutschen Regierungen einladen zu lassen: 1) so schnell als möglich die Vorbereitung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung vornehmen zu lassen, deren Grundzüge die in Arbeit begriffene allgemeine Wehrverfassung demnächst enthalten wird; 2) in Betracht, daß diese allgemeine Volksbewaffnung so schnell und so genügend, als die Verhältnisse es erheischen, nicht wird ins Leben treten können, als ersten Bann dieser Volkswehr die Zahl von 340,000 Mann des Baldigsten in folgender Maßgabe in bereiten Stand bringen zu lassen: die verlangte Verstärkung von 340,000 Mann, nach Maßgabe der Bevölkerung auf die einzelnen deutschen Staaten repartirt, wird durch die betreffenden Regierungen sofort auf gesetzlichem Wege zur Aushebung designirt (ohne einstweilen wirklich ausgehoben zu werden), wobei freiwillige Anmeldungen zu erleichtern sind; diese so designirten Mannschaften werden, ohne sie dadurch in ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu hindern, in den einzelnen Gemeinden und Bezirken, so weit es thunlich, in freien Stunden in taktischen Bewegungen kriegsmäßig geübt, es wird sofort durch die unter den Waffen befindlichen Bundestruppen die Bildung einer hinreichenden Anzahl kleiner Cadres vorbereitet, welche bei Ausbruch eines Krieges der eben bezeichneten, neu auszuhebenden Volkswehr von 340,000 Mann als Anhaltepunkt ihrer fernen Formation dienen. Die deutschen Regierungen werden endlich ersucht, ohne Verzug und ohne Unterbrechung für Beschaffung von Waffen, Munition und nothwendige Bekleidung für diese Verstärkung aus der Volkswehr Sorge tragen zu wollen. (D.A.Z.)

**Frankfurt a. M.**, 7. Juli. (Sitzung der deutschen National-Versammlung am 6. Juli.) Nach Verlesung des Protokolls theilte der Vorsitzende von Gagern mit, daß nach einem Schreiben des hannoverschen Konsuls zu Malta die dort wohnenden Deutschen den Betrag von 150 Fl. für den Flottenbau an ein hiesiges Handlungshaus übermittelt haben. — In der Diskussion über § 2 des Art. 1 des Entwurfs der Grundrechte nahm zuerst Hildebrand, als Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses, das Wort zur Begründung des Verbesserungs-Antrags des gedachten Ausschusses. Die bestehenden verschiedenen Gewerbssysteme sind bei ihrer prinzipiellen Verschiedenheit nicht auszugleichen, während dies der Verfassungs-Ausschuß voraussetzt. Es muß ein Gewerbegesetz für ganz Deutschland gegeben werden. Hermann von München vertheidigt den Minoritäts-Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Es fragt sich, ob von Reichs wegen ein bestimmtes allgemeines Gesetz gegeben, oder ob unter Andeutung der Grundsätze den einzelnen Staaten die Ausführung überlassen werden soll. Es kann mit Billigkeit nur

verlangt werden, daß die in einen Staat Eintretenden behandelt werden, wie die bisherigen Angehörigen. Ob Aenderungen in den einzelnen Gesetzen stattfinden sollen, ist dem Volke zu überlassen. Sollten sie aber stattfinden (bei Umbildung), so soll auf gleichmäßige Grundsätze geachtet werden. Die sofortige Durchführung eines Grundsatzes würde zu Beschwerden führen. Eisenstuck vertheidigt das zweite Minderheits-Gutachten. Wenn man vom Grundsatze des Vorredners ausgeht und es den einzelnen Staaten überlassen will, so bedarf es hier gar keiner Berathung. Gegen alle Bestimmungen werden sich einzelne Interessen erheben, welche dem Allgemeinen geopfert werden müssen. Mit dem Grundsatz der Freizügigkeit, den der Antrag aufstellt, ist nicht das Recht zur Theilnahme am engeren Gemeinde- und Bürgerrechte, so wie am Gemeindevermögen, identifizirt. Werner von Koblenz verlangt, daß jeder in Deutschland von ausländischen Aeltern Geborene sich in einem deutschen Staate niederlassen kann und dadurch das allgemeine Staatsbürgerrecht sich erwirbt. Eben so soll jeder im Auslande von deutschen Aeltern Geborene als Deutscher gelten. Die Ausländerin, welche einen Deutschen heirathet, wird Deutsche. Wer wegen Verbrechen zum Verlust der politischen Rechte in einem Einzelstaat verurtheilt wird, verliert, vorbehaltlich der Berufung an das Reichsgericht, die politischen Rechte im Gesammtstaat. Alle gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Staaten, wodurch die Staatsangehörigen anderer deutschen Staaten als Ausländer behandelt werden, sind aufgehoben. Tellkampf entwickelt ein eigenes Amendement, welches für jeden Deutschen Gleichberechtigung in der Erwerbung von Grundeigenthum, des Betriebs von Gewerben, in der Gewinnung des Gemeindebürgerrechts ꝛc. mit den Angehörigen des betreffenden Staates verlangt. Sobald vollständige Freizügigkeit eingeführt ist, übernimmt ein Verein von Gemeinden und subsidiair der Staat die Verpflichtung zur Unterstützung der Armen. Der Redner weist auf ähnliche Bestimmungen in England, so wie darauf hin, daß z. B. durch Eisenbahnen der Verkehr an die Knoten- und Endpunkte sich zieht und den ärmeren Einwohnern der an Verkehr abnehmenden Zwischenorte gestattet sein muß, dem Verkehr nachzuziehen. Achleitner macht darauf aufmerksam, daß bei den verschiedenen Verhältnissen dermalen noch kein allgemeines Reichsgesetz erlassen werden kann. Der Neuanziehende soll dieselben Bedingungen haben, wie der schon Angehörige. Den Bescholtenen, so wie wegen ungenügender Erwerbsfähigkeit, soll Niederlassung in der Gemeinde verweigert werden dürfen. Eisenmann ist gegen unbedingte Gewerbefreiheit. Jeder Deutsche hat das Recht, überall das zu treiben, was er gelernt hat. Das Erlassen einer Gemeinde-Ordnung bleibt vorbehalten. Adams entwickelt ein Amendement, nach welchem bis zu einer allgemeinen Gesetzgebung der Status quo beibehalten werden soll. Außerdem würden die Angehörigen der Staaten, welche freisinnigere Gesetze haben, gegen die anderen in einem nicht zu rechtfertigenden Nachtheil sich befinden. Der Unterschied hört auf, wenn die anderen Staaten eben so freisinnige Gesetze geben. Eine unbedingte Aufnahme in die Gemeinden, zur Theilnahme an den Nutzungen, darf nicht stattfinden, sonst würden die Gemeinden am Ende selbst nichts mehr haben. Gulden verlangt in einem Amendement, daß ein allgemeines Reichsgesetz, wie es der Entwurf des Verfassungs-Ausschusses erwähnt, demnächst erlassen werden sollte. Grävell stellt einen ähnlichen Antrag. Trützschler verlangt: Jeder deutsche Staatsbürger hat das Recht, an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt zu nehmen und sich niederzulassen. Durch die Niederlassung erlangt er alle Rechte eines Gemeinde-Gliedes. Nur in Betreff der Theilnahme an dem Gemeinde-Vermögen und des Anspruchs auf Armen-Versorgung unterliegt er bis zum Erlaß einer allgemeinen Gemeindeordnung dem bestehenden Gesetze. (Ruf nach Schluß.) Der Präsident zeigt an, daß v. Zachariä aus Bernburg noch ein ausführliches Amendement und ein noch ausführlicheres von Cropp aus Oldenburg übergeben worden. (Unruhe in der Versammlung.) Der Präsident erwähnt ferner eines Antrages von Schlöffel, jedem Redner bei der Wichtigkeit der vorzüglich die Aermeren betreffenden Sache das Wort zu gestatten. Venedey dagegen verlangt, daß ein Amendement künftighin überhaupt nur dann zur Verhandlung zugelassen werde, wenn es bei der Einbringung von 20 Mitgliedern unterstützt sei. Waiz beschränkt den Vorschlag auf die Debatte über die Grundrechte. Wenn nach dem bisherigen Maßstabe fort verhandelt wird, sind mindestens 24 Wochen erforderlich. Der Präsident hofft, daß die Nothwendigkeit, sich zu beschränken, den Einzelnen durch die bisherige Erfahrung von selbst gezeigt worden sei. Eine ausdrückliche Beschränkung bei so wichtigen Gegenständen ist nicht räthlich. Nachdem noch mehrere Redner für und gegen gesprochen und Giskra berechnet hatte, daß die doppelte Berathung und Beschlußnahme in der bisherigen Weise über 90 Wochen dauern würde, schritt die Versammlung zur Abstimmung über den Waizschen Antrag, welchem Venedey beigetreten war. Er wurde abgelehnt und die Diskussion über § 2 fortgesetzt.

Edel glaubt, daß die bisher entwickelten und in den verschiedenen Anträgen niedergelegten Ansichten nicht so weit auseinanderliegen. Es muß sich zuerst darüber verständigt werden, welches Prinzip vorerst praktisch durchführbar ist. Dieses wird sein: Jeder Deutsche soll in Bezug auf Aufenthalt, Ansäßigmachung, Erwerbung des Gemeinde- und Staatsbürgerrechts ꝛc. eben so angesehen werden, wie der Eingeborene des besonderen Landes. Der zweite Punkt ist die Ausgleichung der verschiedenen Gesetze. Hier kann nicht obenhin und übereilt entschieden werden, ohne nach allen Seiten auf das Tiefste zu verletzen. Sofortige Freizügigkeit würde störend in alle bisherigen Verhältnisse und Staatsverträge eingreifen. Behr für ein eigenes Amendement, desgl. Mölling, welcher dafür ein bereits gestelltes zurückzieht. Stahl, für den ersten Minoritäts-Antrag, hält die Ansicht Edel's, daß die gestellten Anträge vereinigt werden könnten, für unrichtig. Für Herstellung der Gleichmäßigkeit in Gewerbssachen wird durch indirekte Mittel, z. B. das Associationsrecht ꝛc. besser gewirkt werden. Die Gewerbeordnung soll durch die Gewerbe selbst festgesetzt werden; keinesfalls ist eine Versammlung wie die hiesige dafür geeignet. Man sagt, von vielen Orten seien Bittschriften für Erlassung einer allgemeinen Gewerbe-Ordnung eingegangen. Aber jeder Ort will, daß eine spezielle Gewerbeordnung, die ihm paßt, zur allgemeinen erhoben werde. Ausgeglichen können die verschiedenen Systeme nicht werden; will man sie aufheben und etwas Neues an die Stelle setzen, so werden alle Gewerbe gestört. Jaup ist für das System des Verfassungs-Ausschusses, jedoch mit der Fassung, bei welcher er zum Theil eine deutliche Redaction vermißt, nicht einverstanden. Degenkolb spricht sich in ähnlicher Weise aus. Die politische Revolution wird nicht eher endigen, bis ein besserer sozialer Grund gelegt ist. Lette empfiehlt den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses, dessen Vorzüge er hervorhebt. Der Antrag berücksichtigt auch die Aermsten. Die Gewerbe-Ordnung soll noch von der konstituirenden Versammlung gegeben werden. Aus den von Herrmann gegebenen statistischen Vergleichungen zwischen Ober-Baiern und der Rheinpfalz (nach welchen in letzterer eine überwiegend größere Zahl von Meistern ist,) ersieht der Redner, daß ersteres eine schlechtere Gewerbe-Ordnung hat, die Rheinpfalz aber eine bessere, wo es mehr selbstständige Familienväter giebt. Es soll den Leuten Gelegenheit zur Gründung eines eigenen Heerdes gegeben werden. Im diesseitigen Baiern ist eine viel größere Anzahl außerehelicher Kinder. Glaß schließt sich zum Theil Hermann an. Eine allgemeine Gewerbeordnung soll bei der Unvereinbarkeit der gültigen, eingelebten Prinzipien nicht gegeben werden. Hollandt ist für den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses und beantragt für den Fall der Ablehnung desselben einige kleinere Modifikationen des Entwurfes des Verfassungs-Ausschusses. Gegen Trützschler's Vorschlag machte er geltend, daß, wer nach demselben die Rechte eines Gemeindemitglieds erlangt habe, gleichwohl bei Verarmung, da der Anspruch auf Armenversorgung nach den bestehenden Gesetzen beurtheilt werde, der unfreiwilligen Entfernung aus der Gemeinde ausgesetzt sei, während er der früheren Gemeinde am Ende nicht mehr angehöre. Die Diskussion wurde um $2\frac{1}{2}$ Uhr auf Montag den 10. Juli vertagt.

In der Sitzung der National-Versammlung vom 7. Juli kam nach Erstattung mehrerer Ausschußberichte der Antrag des Abgeordneten Grumbrecht auf Errichtung eines Ausschusses für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten zur Berathung. Die Versammlung faßte nach längerer Berathung den Beschluß, blos für Schul-Angelegenheiten einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu ernennen, welcher von den Abtheilungen heute zu wählen ist. Sodann führte die Tagesordnung zur Berathung des Berichts über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit Deutschlands und die Mittel zur Verbesserung desselben. (O.P.A.Z.)

**Frankfurt a. M.**, 7. Juli. [Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 5. Juli.] Ein Bericht des Generals v. Wrangel d. d. Christiansfeld vom 30. Juni, der mittheilt, daß die Dänen wieder zurückgegangen sind, so daß es zu einer Schlacht noch nicht hat kommen können, sonst aber vom Kriegsschauplatze nichts Wesentliches bringt, wird an den Militär-Ausschuß abgegeben. — Nach drei ferneren Mittheilungen des Präsidenten der Nationalversammlung vom 2ten und dritten d. M. sind Abgeordnete von Oesterreich, Kurhessen und Baden aus der Nationalversammlung ausgetreten. Es werden daher die betheiligten Gesandten veranlaßt, ihre Regierungen zu neuen Wahlen aufzufordern. — Namens des politischen Ausschusses für Militär-Angelegenheiten wird sodann durch den Bundes-Präsidialgesandten Vortrag über die Zustände in Baden erstattet und demselben gemäß beschlossen, dem Oberbefehlshaber des 7ten und 8ten Armeekorps, Prinzen Karl von Baiern, zu erwiedern, wie diese Zustände die gänzliche Zurückziehung der baierschen Truppen ohne Ersatz wohl zur Zeit noch nicht gestatteten, ihm jedoch wegen der Dislocation der Truppen ausgedehnte Ermächtigung zustehe. Zugleich soll nunmehr die schon in der vorigen Sitzung beschlossene Note an den Vorort in der Schweiz erlassen und durch einen besonderen Bevollmächtigten abgesendet werden. — Auch der großherzogl. Regierung in Baden soll eine entsprechende Aufforderung zugehen. — Der Gesandte für Schleswig-Holstein gab Nachricht in Betreff der vor Kurzem durch den königl. preußischen Gesandten geschehenen Anregung über den Verkehr von Norddeutschland mit Dänemark, und bemerkt namentlich, daß wegen der Befrachtung eines dänischen Schiffes in Altona Untersuchung eingeleitet, Embargo auf dieses Schiff gelegt und hinsichtlich des Verkehrs selbst Seitens seiner Regierung ein strenges Verbot erlassen worden sei. — Auch der Gesandte von Lübeck gab in Ansehung dieses Gegenstandes eine Mittheilung zum Protokoll. — Beide Anzeigen wurden übrigens an den zur Begutachtung dieser Angelegenheit vereinigten Embargo- und politischen Ausschuß verwiesen. — Auf den Vorschlag des Ausschusses für Militärangelegenheiten (Referent der großherzogl. oldenburgische Gesandte) wurde die vor Kurzem von der königl. baierschen Regierung wegen des Unterkommens der Truppen in Ulm geführte Klage an die Militär-Kommission zur Auskunfts-Ertheilung abgegeben. — Nächstdem stellte der großherzogl. oldenburgische Gesandte noch folgenden Antrag: die Bundesversammlung wolle beschließen: in den gegenwärtigen gefährlichen Zeitumständen sind in allen Bundesstaaten, deren bewaffnete Macht nicht ohnehin schon ein gleiches Maß erreicht, solche personelle und materielle Vorbereitungen zu treffen, daß die bestehenden, auf 1 pCt. der Bevölkerung berechneten militärischen Formationen innerhalb einer Frist von längstens 6 Wochen um einen gleichen Bestand vermehrt, also auf das Doppelte gebracht werden können, — und begründete diesen Antrag durch einen längern schriftlichen Vortrag. Da dieser letztere sehr viele beachtungswerthe Bemerkungen enthielt, so wurde beschlossen, denselben sofort in einer geeigneten Anzahl von Exemplaren zum Druck zu bringen und sowohl den einzelnen Regierungen zuzusenden, als auch unter die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilen zu lassen. Im Uebrigen wurde der Antrag dem Ausschusse für Militär-Angelegenheiten übergeben. — Der königl. sächsische Gesandte übergab mehrere Druckschriften theils im Auftrage der königl. sächsischen Regierung (zum Archiv der Bundesversammlung), theils mehrerer Buchhändler zu Leipzig (zur Vertheilung an einzelne Ausschüsse). (F. Bl.)

Ueber die neulichen Soldatenexzesse in Ulm meldet die dortige „Kronik“: „Die Zahl der Verwundeten beträgt im Ganzen 42; von Reitern wurden bis zum 30. Juni verhaftet 26, darunter 14 Unteroffiziere und 1 Trompeter.

**Mainz**, 4. Juli. (General v. Schreckenstein und die rothe Fahne.] Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß General Roth v. Schreckenstein befohlen, „sämmtliche Regimenter der Bundesfestung Mainz verbleiben in ihrer Garnison.“ Nach dem Bekanntwerden dieser Ordre ist die rothe Fahne auf dem Turnplatze als Demonstration aufgezogen worden. Der Vicegouverneur, Generallieutenant v. Hüser, hat jedoch die Fahne sofort wieder herunter holen lassen. (Voß. Zeit.)

**Constanz.** [Untersuchungen gegen Mitglieder des Clerus.] Die „Seebl.“ schreiben: Auch auf den katholischen Clerus erstrecken sich die Untersuchungen wegen hochverrätherischer Bestrebungen. Die Zahl der vom Erzbischof in Freiburg wegen Theilnahme an den politischen Bewegungen suspendirten Geistlichen beträgt 36. Bemerkenswerth ist, daß gerade an diesen die Gemeinden mit der wärmsten Liebe hangen, sie als politische Märtyrer betrachten, und es nur des geringsten Anstoßes bedarf, um einen nicht unbedeutenden Ausschlag zu Gunsten des Deutschkatholicismus zu veranlassen, umsomehr, als jede bisherige Beschränkung der Rechte des letztern in Baden aufgehört hat.

**Dresden**, 7. Juli. Bei der II. Kammer ist heute ein kgl. Decret eingegangen, durch welches der in den letzten Sitzungen berathene Entwurf des neuen Wahlgesetzes zurückgenommen wird.

## Oesterreich.

☿ **Wien**, 8. Juli. [Abreise des Erzherzogs. Die frankfurter Deputation. Die Wahlen. Josephs II. Statue.] Heute reiste Se. kais. Hoheit der Reichsverweser von Deutschland, Erzherzog Johann, nach Frankfurt ab. (S. unter Lokales.) Der Erzherzog kommt bereits am 18. d. M. wieder zurück, um sofort den Reichstag zu eröffnen und später die Vermittlung zwischen Ungarn und Kroatien zu übernehmen, die um so dringlicher scheint, als die Rüstungen auf beiden Seiten mit Energie fortgesetzt werden und der Kampf sonst unvermeidlich wäre. — Gestern Nachts, als die Frankfurter Deputirten

(Fortsetzung in der Beilage.)

**Mit zwei Beilagen.**

# Erste Beilage zu № 159 der Breslauer Zeitung.

Dinstag den 11 Juli 1848.

(Fortsetzung.)

von ihrem Ausflug nach dem herrlichen Thal von Reichenau zurückgekehrt waren, begann ein Monstre-Zapfenstreich von 200 Tambours des Militärs und der Nationalgarde mit 10 Musikbanden, die vom Burgplatz über den Kohlmarkt und Graben vor die Wohnung der sieben Parlamentsmitglieder in der Kärnthener Straße zogen, worunter sich Herr Reveaux einer besondern Popularität bei den Studenten und beim Volke erfreut, und daselbst einen solchen betäubenden Lärm verursachten, daß alle Fenster klirrten und einzelne Scheiben sprangen. Am Montag soll noch eine große Revue der Nationalgarde am Glacis stattfinden zu Ehren der hier anwesenden Deputirten, die dann die Rückreise antreten werden. Besondere Ovationen, welche die radikale Partei den beiden Abgeordneten Reveaux und Jucho von der Linken bereiten wollten, haben diese glücklicherweise verhindert und dadurch eine Quelle von Unannehmlichkeiten verstopft, indem nach dem Akt der Reichsverweserswahl in diesem Augenblick doch von keiner rechten und linken Seite die Rede sein darf, soll die Feier des großen Moments nicht getrübt und der Keim zu neuem Hader gelegt werden. — Die Wahlen zum österreichischen Reichstag entsprechen sogar hier selbst nicht den gehegten Erwartungen, da außer Füster, Schwarzer, Purtscher, Fischhof kein Radikaler gewählt worden, sondern drei Minister, nämlich Pillersdorff, Dobblhof und Wessenberg nebst schwarzgelbem Anhang. Bei dem Nimbus, den die Hauptstadt in den Augen der Provinzen besitzt und der Vortrittsrolle, die ihren Abgeordneten am Reichstage gebührt, ist dies um so mehr zu beklagen, als überhaupt die gesammte schwarzgelbe Partei der Altösterreicher keine Freunde des innigen Anschlusses an Deutschland sind und sich zum Zweikammersystem bekennen. — Seit der Wahl Johanns von Habsburg zum deutschen Reichsverweser ist die Statue Josephs des Zweiten neuerdings der Gegenstand von Volkshuldigungen, denn man fühlt eben recht gut, daß unsere Revolution bei der Regierungszeit dieses edlen Mannes wieder anknüpfen will, um Oesterreich groß und freier zu machen. Die Reiterstatue hält eine schöne deutsche Fahne in der linken Hand, indeß die Rechte segnend vorgestreckt ist und über Schulter und Brust fließt ein breites schwarzrothgoldnes Band, während ein hellgrüner Lorbeerkranz die Schläfe des unsterblichen Kaisers schmückt. Stets stehen Hunderte von Menschen auf dem Josephsplatz und richten den Blick auf das theure Standbild.

* **Wien**, 8. Juli. [Abwesenheit der kaiserlichen Familie. Das Ministerium soll abdanken. Aufregung.] Die fortwährende Abwesenheit der kaiserlichen Familie macht hier immer böseres Blut. Die sonst so gefeierte Erzherzogin Sophie, Mutter des präsumtiven Thronerben, wird deshalb hart beschuldigt, daß sie das Schicksal ihrer Kinder auf eine solche Art den Wellen preisgiebt. Wahrlich es ist unverantwortlich, daß man sich unter solchen Umständen nicht ganz in die Arme des Volkes wirft.

Mittags. Die Ereignisse drängen sich beklagenswerth. Der sogeannte Sicherheits-Ausschuß, der sich in den Prager Angelegenheiten gegen Windischgrätz so energisch ausließ, hat plötzlich beschlossen, die Absetzung Pillersdorfs zu verlangen. Eine Deputation begab sich zu ihm, um ihm dies vorzutragen. Er und sein ganzes Ministerium gaben sogleich ihre Entlassung. Erzherzog Johann ist in Folge dessen bestimmt worden, seine Abreise zu verschieben, und vorher einen neuen Minister-Präsidenten zu bezeichnen *). Es herrscht die fürchterlichste Aufregung.

Vorstehende Nachrichten werden durch folgenden amtlichen Artikel der Wiener Zeitung bestätigt: Der interimistische Minister des Innern, welcher zugleich provisorisch die Präsidentenstelle im Ministerrathe versehen hat, hat heute diese Dienststellen in die Hände Sr. kaiserl. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Johann, als Stellvertreter Sr. Majestät, niedergelegt. Hierauf haben Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Stellvertreter Sr. Majestät folgende Handschreiben zu erlassen geruhet: „Lieber Freiherr v. Pillersdorff! Ueber Ihr Ansuchen von dem Ihnen ertheilten Auftrage, ein Ministerium zu bilden und Meiner Genehmigung vorzuschlagen, losgezählt zu werden, finde Ich Mich bestimmt, Sie hiervon zu entheben, und mit dieser Mission Meinen Minister des Ackerbaues, Handels und der Gewerbe, Freiherrn v. Doblhoff, zu betrauen.“ — Lieber Freiherr v. Doblhoff! Nachdem Freiherr v. Pillersdorff sich von der Mission ein Ministerium zu bilden, zurückgezogen hat, finde Ich Mich bewogen, Sie im vollen Vertrauen auf Ihre Vaterlandsliebe zu beauftragen, Mir baldmöglichst die Anträge zur Bildung eines neuen Ministeriums vorzulegen, und einstweilen die Leitung des Ministeriums des Innern zu übernehmen. — Der Minister des Aeußern und des kaiserlichen Hauses, Freiherr v. Wessenberg, welcher den konstitutionellen Formen gemäß bestimmt wurde, Se. kaiserl. Hoheit den Hrn. Erzherzog Johann nach Frankfurt zu begleiten, um als verantwortlicher Minister die Verbindung zwischen dem durchlauchtigsten Stellvertreter Sr. Majestät und dem Ministerrath zu erhalten, hat für die kurze Dauer seiner Abwesenheit die Verfügung getroffen, daß alle wesentlichere Gegenstände berührenden Berichte und Mittheilungen ihm nachgesendet, im Falle sie eine augenblickliche Erledigung erfordern sollten, darüber die Entscheidung des Minister-Rathes eingeholt, die currenten Kanzleigeschäfte aber durch den Vorsteher der Kanzleien des Ministeriums des Aeußern, wie in anderen ähnlichen Fällen, unaufgehalten zu besorgen seien.

* **Wien**, 9. Juli. [Die Wahlen sollen umgestoßen werden. Neue Minister.] Die Ministerkrisis scheint der Anfang neuer Trübsale zu sein. Die demokratische Partei will die Reichstagswahlen umstoßen und den ganzen Reichstag in Frage stellen; und es wird ihr vielleicht gelingen. Unsere Nationalgarde ist seit 3 Tagen durch die Presse hinlänglich bearbeitet, deshalb wird sie wieder die Hand bieten zu den uns bevorstehenden neuen Umwälzungen. Unter solchen Umständen hat uns der Regent und Reichsverweser verlassen.

Nachschrift. Der hier kommandirende General Graf Auersperg hat das Kriegsministerium angenommen, Dr. Bach ist Justiz-Minister, und Prof. Füster Minister des Cultus.

** **Breslau**, 10. Juli. [Noch kein neues Ministerium. Gagern. Landwirthschaftliche Kenntnisse des Erzherzogs Johann.] Der heutige Wiener Postzug bringt die Nachricht, daß es, so weit wenigstens das Publikum davon unterrichtet ist, dem Baron von Dobblhof noch nicht gelungen sei, ein neues Ministerium zu bilden*). — Von großem Interesse ist die Frage, wem wohl der Reichsverweser den Auftrag zur Bildung eines deutschen Ministerii geben werde. Die erste Vermuthung fällt natürlich auf von Gagern, allein es scheint, als wolle Erzherzog Johann den Einfluß Gagerns auf die National-Versammlung nicht aufgeben, da wohl unterrichtete Personen mit Bestimmtheit behaupten, daß dem Genannten die Bildung des Ministerii nicht werde übertragen werden. — Von Personen, welche die Reise nach Breslau in Begleitung des Erzherzoges gemacht haben, vernehmen wir, daß derselbe im wechselnden Gespräch ganz außerordentliche und spezielle Kenntnisse über landwirthschaftliche und hüttenmännische Gegenstände an den Tag gelegt habe. In politischer Beziehung hat sich derselbe dagegen fast gar nicht ausgelassen nur in Beziehung auf den Krieg mit Italien, welchen er vollständig zu billigen schien.

**Innsbruck**, 4. Juli. [Landtags-Sitzung. Die kaiserliche Familie.] In der heut. Sitzung wurde die Verhandlung über den Verfassungsentwurf zu Ende gebracht, welcher aus 18 Paragraphen besteht. Am meisten war man auf die Stelle gespannt, welche die religiösen Interessen unseres Landes berührt, und die im § 15 über die Wirksamkeit der Stände aufgenommen ward. Sie lautet wörtlich: „Es gehört zur Aufgabe der Stände, durch alle gesetzlichen Mittel dahin zu wirken, daß der römisch-katholischen Religion allein die öffentliche Ausübnng des Gottesdienstes gesichert bleibe.“

Aus Innsbruck sind über die kaiserliche Familie nachstehende Mittheilungen vom 5. d. M. eingetroffen. In dem erfreulichen Gesundheitszustande Ihrer Majestäten und des Erzherzogs Franz Karl hat sich keine Aenderung ergeben. — Gestern Abends trafen Ihre kaiserliche Hoheit die Erzherzogin Sophie mit Höchstderen Söhnen, den Erzherzogen Franz Joseph und Ludwig in erwünschtem Wohlsein nach Ihrem Ausfluge nach Tegernsee zurück hier ein. — Gegen 10 Uhr Abends geruhten Ihre Majestäten in Gesellschaft des Erzherzogs Franz Karl auf dem Balkone der Residenz der Festlichkeit beizuwohnen, welche zur Feier der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser von Deutschland veranstaltet worden war. Ein festlicher Zug von mehr als 400 Fakkelträgern, begleitet von Nationalgarden und einem Musik- und Sänger-Chor entfaltete sich vor der k. k. Burg, die Liedertafel stimmte unter dem Lebehochrufe der zahlreich versammelten Volksmenge die Volkshymne an, sang dann das deutsche Lied von Arndt, und zuletzt defilirte der Zug nochmals vor Ihren Majestäten unter fortwährenden Lebehochs und unter dem Donner von 101 Kanonenschüssen. (Wiener. Z.)

)) **Prag**, 7. Juli. [Zustände der Stadt.] Trotz des Belagerungszustandes wurden die Wahlen für den, bis nach dem Reichstage aufgeschobenen böhmischen Landtag für Prag vorgenommen, wobei sich die schändlichsten Wahlumtriebe herausstellten; statt laut Verordnung die Stimmzettel und Namen der Wähler geheim zu halten, sahen die meisten Wahl-Kommissäre dieselben durch und wiesen sie zurück, wenn sie ihnen mißliebig waren, namentlich wenn Namen freisinniger Männer darauf standen, welche nicht Bürger sind (obgleich es in der Wahlordnung heißt, daß Jeder wählbar sei). In der kaufmännischen Ressource wurde ein förmliches Mandat erlassen, daß Niemand gewählt werde, der früher dem National-Ausschusse angehört habe. Unsere Presse wird wahrscheinlich keine Stimme dagegen erheben, denn obgleich wir noch immer Preßfreiheit haben, steht sie unter dem Terrorismus der Beamten- und Soldatenherrschaft. Eine kleine Probe ist folgende. Ein gewisser Dr. Piehl gab eine böhmische Volkszeitung heraus unter dem das Landvolk einladenden Titel: Swatowaclawski posel (der St. Wenzelsbote), die Zeitung geht gut; plötzlich reißen Soldaten, Offiziere, Polizei die Anschlagzettel herunter und ihm wird bedeutet, er dürfe dies Journal weder ankündigen, noch in einzelnen Exemplaren verkaufen, bloß den Abonnenten verabfolgen. Um den Grund fragend, erhielt er zur Antwort: die Soldaten hätten sich über den Titel aufgehalten und deswegen habe es Fürst Windischgrätz verboten. Ein anderes Beispiel von Soldatenherrschaft. Baron Villani würde als Kommandant der Swornost gleich Anfangs mit dem Grafen Deym und Bouquoi eingezogen; nun wurde auch sein Schloß durchsucht, da man mit aller Gewalt eine planmäßige Verschwörung haben will, um das Verfahren gegen Prag von Seite Thun's und Windischgrätz zu rechtfertigen. Ein Kreiskommissär und ein Offizier mit 70 Mann und 30 Ulanen marschirten geradeaus durch Feld und Wiesen nach Drijzkow, dem Gute des Barons, besetzten Alles, Niemand durfte sich von dort entfernen, wo er eben war, und nun ließ man alle Zimmer, Schränke u. s. w. theils vom Verwalter, und wo der die Schlüssel nicht hatte, vom Schlosser aufsperren. Man fand nichts als ein Tagebuch, drei Jagdgewehre, vier Pistolen und ein Jagdmesser. In einem Schranke fand man verschiedene Schachteln Pulver und jubelte über den Fund, der Gift sein sollte, sich aber blos als Brausepulver erwies, Pulver zum Silberputzen u. dergl. Da man denn gar nichts finden konnte, nahm man den Verwalter ins Gebet und der Kreisbeamte sagte ihm: „Er solle nur gestehen, was er wisse, das Gut gehöre so nicht dem Baron, und das Kreisamt könne ihn wegjagen, wenn es wolle.“ Im Garten wurde von den Soldaten Alles geplündert, im Keller die theuersten Liqueure genommen, Alles war betrunken und

---

*) Aus anderer schätzenswerther Quelle geht uns hierüber noch folgende Mittheilung zu: „Bald hätte die Abreise des Erzherzoges leicht eine Hinderung erfahren können. In der gestrigen Nacht (am 7.) nämlich hielt der demokratische Verein in Wien eine Sitzung, in welcher beschlußmäßig festgestellt wurde, daß das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des Volkes nicht mehr besäße und deshalb sogleich abtreten solle. Man machte nämlich dem Minister Pillersdorf den doppelten Vorwurf, daß er einerseits bei den Prager Ereignissen nicht kräftig verfahren, und nicht die sofortige Entlassung von Windischgrätz und Thun in's Werk gesetzt, daß er andererseits aber durch die beabsichtigte Aufrechterhaltung der Geschäfts-Ordnung für die National-Versammlung, den durch die Revolution erworbenen Rechten Eintrag thue. Eine Deputation des demokratischen Vereines verfügte sich demnach gestern (7ten) Morgens in den Sicherheits-Ausschuß und gab diesem Kunde von dem gefaßten Beschlusse. Der Sicherheits-Ausschuß trat bei und verfügte sich zum Erzherzog Johann, welcher denn auch dem gestellten Antrage stattgab, und den Baron Dobblhof beauftragte, ein neues Ministerium sogleich zu bilden. Uebrigens aber lehnte Johann es energisch ab, bis zur Bildung eines anderweitigen Ministeriums in Wien zu verweilen, da ihn höhere Pflichten unabweisbar nach Frankfurt riefen. Bei der Abreise des Erzherzoges aus Wien war noch kein neues Ministerium konstituirt. Dahingegen sollen der Erzherzog und Baron Dobblhof sich bereits über die in Vorschlag gebrachten Personen geeinigt haben. Die Namen derselben sind indeß noch nicht bekannt geworden. Nur so viel behauptet man, daß v. Wessenberg auch in das neue Ministerium eintreten werde. — Es bestätigt sich übrigens, daß der Einmarsch russischer Truppen in die Donau-Fürstenthümer nicht stattgefunden habe. — Wien ist trotz der Ministerkrise vollkommen ruhig, und den Bewegungen der Arbeiter ist dadurch vorgebeugt, daß dieselben unter strengster Aufsicht arbeiten. Niemand darf mit denselben unter der Arbeit sprechen, außer der Arbeitgeber und die Aufseher, und es wird jeder Dritte, der dieser Anordnung entgegenzuhandeln versucht, ohne Ansehen der Person verhaftet.

*) Wir müssen abwarten, ob diese oder die Nachricht unseres *Wiener Korrespondenten sich bestätigen wird.
Red.

beging Exzesse. Als dies der Verwalter dem Kreisbeamten klagte, so sagte dieser lachend: „Die Frau Baronin ist reich genug; es schadet ihr nichts.“ — Neulich ward auf der Prager Brücke einem Herrn die weißrothe (böhmische) Kokarde vom Hute gerissen, wobei der Soldat sagte: „Jetzt ist's aus mit der Constitution!“ Und dach giebt es in der Bürgerschaft mehrere, welche sich für den Belagerungszustand erklären und Deputationen gegen den allgemeinen Wunsch an den Fürsten schicken, er möge das Kommando fortbehalten. Selbst Stadtverordnete sind dabei und bloß der Bürgermeister und der redliche deutsche Stadtverordnete Buchhändler Borrosch hatte den Muth, ihnen zu sagen: „Meine Herren, bedenken Sie, welche Schändlichkeit Sie verlangen, wie Sie Ihren Mitbürgern schaden. Ich frage Sie, ob Sie in eine Stadt gehen werden, Handel zu treiben, Geschäfte zu machen, die im Belagerungszustande ist.“ Hofrath Komers war vom Ministerium hierher gesendet und schon war Windischgrätz entschlossen, das Kommando abzugeben und den Belagerungszustand aufzuheben, als die Deputation im Schlosse eintraf und das Gegentheil verlangte. Entrüstet äußerte sich Komers über dieses Verlangen und fuhr gestern früh wieder nach Wien zurück. So dürfte sich denn dieser Zustand noch einige Wochen fortschleppen. Privatnachrichten zufolge soll Fürst Windischgrätz als Feldzeugmeister zur Nord-Armee abgehen, der General d'Aspre aus Italien als Kommandirender nach Prag kommen. Studenten werden massenweise theils hier, theils auf dem Lande zum Militär abgeführt, zu den in Italien liegenden Regimentern assentirt und dahin abgeschickt. — Als Curiosum die Notiz zum Schlusse, daß während der Unruhen in Prag Kanonenschüsse von Seite des Militärs gethan worden: **170** mit Kugeln, **118** mit Kartätschen, **110** mit Granaten, **141** blinde. Die Waffenabgabe lieferte an **15,000** Gewehre.

**Triest**, 6. Juli. Die Nachricht von der Aufhebung der Blokade von Triest scheint durch Folgendes bestätiget zu werden. Schon gestern nämlich behaupteten dasselbe die Kapitäne der hier vor Anker liegenden englischen Kriegsdampfer, und fügten noch hinzu, die Flotte der Sarden und Venetianer werde wohl im adriatischen Meere, ja sogar in unserm Golfe bleiben, aber nur, um die österreichische Schiffsdivision zu überwachen, und werde weder gegen Kauffahrer jeder Flagge, noch gegen Triest und die Küsten etwas unternehmen. Heute segelten zwei Kauffahrer mit aufgehißter österreichischer Flagge mitten durch die feindliche Flotte. (Oesterr. Z.)

§§ **Pesth**, 6. Juli. [Eröffnung des Landtages. — Die Thronrede. — Beendigung des Waffenstillstandes.] Gestern um **12** Uhr Mittags fand die feierliche Eröffnung des ungarischen Landtages im Sitzungssaale des Unterhauses (dies ist der offizielle Ausdruck für die Deputirtenkammer) statt. Von der königl. Burg in Ofen bis zum Eröffnungspalaste waren doppelte Spaliere von Lienientruppen und Nationalgarden aufgestellt. Der Stellvertreter des Königs, Erzherzog Stephan, ward überall mit größtem Jubel begrüßt. Die Thronrede, welche er umgeben von den Ministern verlas, machte den freudigsten Eindruck. In derselben spricht der König seinen Schmerz darüber aus, daß er, durch Kränklichkeit abgehalten, nicht in eigener Person den Landtag eröffnen könne, verspricht es aber nochmals, sobald seine Gesundheit es gestattet, in die Mitte seiner getreuen Ungarn zu kommen. Gleich wichtig ist die Stelle über den „offenen Aufruhr in Croatien“ und über die „Empörungen im Banat und an der Grenze“. Der König erklärt in seinem und seines ganzen Hauses Namen alle jene Gerüchte, als wären die von ihm aus eigenem Antriebe gewährten Konzessionen und Freiheiten erzwungen und jene Ruhestörungen und Widersetzlichkeiten im Interesse des Herrscherhauses für Erdichtung und Lüge, Obgleich aber Se. Majestät von ganzem Herzen wünsche, daß der Bürgerkrieg vermieden würde, so könne er doch nicht umhin, zur Aufrechthaltung der verfassungsmäßigeo Freiheit und der vollen Integrität der ungarischen Krone gegen „äußere und innere Feinde“ dem Landtage durch sein getreues Ministerium die geeigneten Mittel vorzuschlagen. Diese Mittel sind Militär und Geld. Die Thronrede verbreitet sich auch über die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, welche im Allgemeinen als freundschaftlich bezeichnet werden. Nur im lombardisch-venetianischen Königreich ist die Armee von dem König der Sardinier und den ihm verbündeten italienischen Mächten angegriffen worden, wo der Krieg bisher noch nicht beendigt werden konnte. — Das Bankierhaus Rothschild hat unserm Finanzminister ein Darlehen von **40** Millionen Gulden unter billigen Bedingungen angeboten. — Der Waffenstillstand zwischen den Ungarn und den aufständischen Raitzen ist vorgestern abgelaufen und man glaubt, daß gestern der Angriff auf die sogenannten römischen Schanzen gemacht worden. Direkte Nachrichten fehlen noch. — Durch ein Ministerialdekret ist die Ausfuhr von Sensen aus und über Ungarn nach Serbien und Bosnien vom **15**. d. M. an verboten. Ein allgemeines Ausfuhrverbot von Pferden und Waffen ist schon früher erlassen worden.

---

E. [Die Union Ungarns und Siebenbürgens.] Der Nationenkampf in Ungarn ist ein Hauptact im europäischen Drama. Dies Land war von jeher der Durchgang zu großen Umwälzungen, und es hat sich schon einigemal der Völkerstrom von Osten nach Westen durch dasselbe gestürzt. Als Damm gegen einen neuen, der vielleicht nicht so unmöglich und so fern sein könnte, wie man zu glauben geneigt ist, hat es eine hohe Wichtigkeit für das westliche Europa. Die Vereinigung der beiden Länder vermehrt die Stärke derselben, und wenn es erst gelingen wird — woran wohl nicht zu zweifeln — die Illyrier zu versöhnen, oder (was traurig wäre) zu überwinden; so zählt das vereinigte ungarische Reich eine Bevölkerung von 15 Millionen meistentheils sehr kräftiger Stämme. Hiezu kommt noch seine natürliche sehr günstige strategische Lage.

Von der untern Donau her bereiten sich Dinge vor, welche die höchste Aufmerksamkeit der europäischen Politik erfordern. Ungarn hat sich seit Jahrhunderten dem Westen Europa's zugewandt und insbesondere zu Deutschland gehalten. Auch gegenwärtig hegt es für uns die größten Sympathien, und wenn auch die Magyaromanie vor einiger Zeit sich mitunter so weit vergaß, die Deutschen in Ungarn geringschätzig behandeln zu wollen, so hat sich dies schon gegeben, und es halten dort beide Nationen wieder eng zusammen, wie dies ja auch die Nachrichten über den Aufstand der Illyrier bestätigen. — Wenn aber trotz dem die Sachsen (Deutschen) in Siebenbürgen sich den Ungarn (Magyaren) feindlich gegenübergestellt und gemeinschaftliche Sache mit den dasigen Wallachen gemacht haben; so darf man diesem keine große Bedeutung beilegen, indem es blos der Ausbruch von momentaner Gereiztheit war. Die Harmonie wird gar bald wieder hergestellt sein. Die Szekler, jener weltberühmte tapfre ungarische Stamm, sind das Verbindungsglied zwischen beiden, und mit ihnen haben die Sachsen von jeher in der innigsten Gemeinschaft gelebt. Zu dem herrscht in letztern viel zu viel gesunder Sinn, als daß sie nicht einsehen sollten, wie verderblich grade in den jetzigen Zeitverhältnissen die Zwietracht zwischen ihnen und den Ungarn werden muß. Schon ist ja auch die Einigkeit meistentheils wieder hergestellt.

Mustern wir die Streitkräfte, welche das vereinigte Ungarn und Siebenbürgen einem von Osten her kommenden Feinde entgegenstellen kann, so sind sie eben so imposant, als für Deutschland beruhigend. Die Gränzregimenter allein betragen über **50,000** Mann, wenn alle Reserven mit eingezogen werden, noch mehr, und das sind lauter Kerntruppen, die zu den Tapfersten in Europa gehören. Das innere Land aber (das sogenannte Provinziale) kann mehr als die doppelte, ja dreifache Zahl in's Feld stellen. Und alles sind abgehärtete von Natur tapfere Leute. Wahrlich eine Avantgarde für Deutschland, die allein schon den Sieg sichert!

Schon in früherer Zeit kam auf den Reichstagen von Ungarn und Siebenbürgen die Union zur Sprache. Sie fand aber Widerstand und zwar von Seiten Siebenbürgens, mehr wie von Seiten Ungarns, weil die Magnaten jenes Landes noch ausgedehntere Privilegien und Gerechtsame haben, wie die von diesem, weil sie mithin fürchteten, bei der Union darin verkürzt zu werden. Gegenwärtig aber, wo man edelmüthig und klug sich in die Zeit und Umstände fügend, manche derselben freiwillig aufgiebt, wodurch man das Volk gewinnt, und auf seine kräftige Mitwirkung bei der Feststellung der neuen Ordnung rechnen kann, ist ein der Union entgegenstehendes Haupthinderniß beseitigt. Ein anderes aber, was in den verschiedenen Nationalitäten des Landes liegt, behebt sich theilweise schon dadurch, daß, wie schon bemerkt wurde, die Ungarn und Deutschen sich vertragen und an einander anschließen. Dadurch bildet sich ein Kern, welcher die Mehrzahl ausmacht, und der auch recht eigentlich der Kern der ganzen Bevölkerung ist. — Und wie schon gesagt, und auch die öffentlichen Nachrichten bereits mittheilen, so werden sich die Illyrier, Kroaten, Serben, Slavonier und Dalmatier zum Ziele legen, und sich dem gemeinsamen Vaterlande anschließen. — Ein heller Stern ist demselben in seinem Palatin, dem Vicekönige, Erzherzog Stephan aufgegangen. Er ist durch und durch feuriger ungarischer Patriot, ist mit einem erleuchteten Geiste begabt, besitzt viel persönlichen Muth und Entschlossenheit, und führt mit Weisheit und Energie durch, was zum Besten des Landes beschlossen wird. Eine große Stütze hat er an dem ausgezeichneten Kossuth, der zwar mit Leib und Seele Magyar ist, auch eine Hauptrolle bei der Geltendmachung der ungarischen Nationalität gespielt hat, nichtsdestoweniger aber frei von aller Engherzigkeit geblieben ist, und den andern in Ungarn lebenden Nationen ihre Rechte schirmen hilft. — Wenn daher auch noch mancher Sturm über das Land toben wird, es wird sich dennoch zu großer Kraft entwickeln, und seine wichtige Rolle im europäischen Drama würdig und glänzend durchführen.

## Großbritanien.

**London**, 5. Juli. [Cholera. Metternich und Guizot. Die dänisch-deutsche Frage.] In der heutigen Morgen-Sitzung des Unterhauses kündigte Herr Monsell zu Morgen eine Anfrage in Betreff der von der Regierung zur Abwehr der Cholera getroffenen Maßregeln an.

Fürst Metternich hat jetzt angefangen, Gesellschaften zu geben, und wurde unter Andern vorgestern von dem Herzog v. Wellington mit seiner Gegenwart beehrt. Guizot hat den Lehrstuhl für die neueren Sprachen an dem Taylor-Institute in Oxford, der ihm von den Curatoren übertragen wurde, abgelehnt.

Die Times enthalten heute einen Artikel über die dänisch-deutsche Frage, der sich indeß nur in allgemeinen Sätzen über die große „Friedensliebe und Mäßigung“ des Königs von Dänemark ausspricht und die Deutschen tadelt, daß sie ihre Truppen verstärken, während sie zugleich behaupten, den Frieden zu wollen. Schließlich drohen die Times den Deutschen mit den Schweden, deren Tapferkeit von den Deutschen seit dem dreißigjährigen Kriege fortwährend mit traditioneller Achtung gewürdigt worden sei. Die Schweden sollen, nach der Meinung der Times, ins Spiel kommen, sobald die Dänen nach Jütland zurückgetrieben sind.

## Frankreich.

**Paris**, 5. Juli. [National-Versammlung. Sitzung vom 4. Juli. Nachtrag.] Der größte Theil der Sitzung ward mit der Wahl des Quästors ausgefüllt. Im dritten Skrutinium nur erst ward General Lebreton gewählt. Mehrere Gesetze wurden dann nach unbedeutender Diskussion rasch angenommen. Das monatliche Gehalt für den Chef der Exekutiv-Gewalt wurde auf **10,000** Fks. festgesetzt. — Das Gehalt der Minister wurde statt der vorgeschlagenen **3000** Fks. auf **4000** Fks. monatlich erhöht. Endlich wurde den Mitgliederu der früheren Exekutiv-Kommission für die Zeit ihrer Amtsführung ein Monatsgehalt von **5000** Fks. zugesprochen. Der Tag des 6. Juli, an dem die Leichenfeier stattfindet, wurde für einen allgemeinen Trauertag erklärt und somit den gesetzlichen Festtagen gleich gestellt. Die Bildung eines Bataillons mobiler Gensdarmerie in der Vendee wurde trotz der Protestation des Deputirten dieses Departements genehmigt. Endlich wurde auch noch das Anleihen von 5 Millionen an die Bauunternehmer von Paris mit Einstimmigkeit angenommen.

[Sitzung vom 5. Juli.] Favre nimmt das Wort, um auf die Nationalwerkstätten zurückzukommen. Allerdings seien diese jetzt durch die Exekutivgewalt aufgelöst; aber er verlange, daß die früher vorgelegten Dekrete über die Nationalwerkstätten und die Berichte der Kommission darüber von der Versammtung förmlich erledigt würden. Fallour, der betreffende Berichterstatter, erklärt, der Zweck jener Dekrete und der Anträge der Kommission: die Auflösung der Nationalwerkstätten, sei erreicht; die Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, welche die Kommission vorgeschlagen, würden von der Regierung benutzt werden. Es könne sich also nur um einen Tadel der vorigen Regierung handeln. Wolle die Versammlung deshalb eine eigene Diskussion eröffnen, so stehe es ihr frei. Alles ruft: „Zur Tagesordnung!“ und diese wird angenommen. Der Präs. macht das Resultat der Bureaux-Wahlen bekannt; die sechs Vice-Präsidenten sind: Georges Lafayette, Corbon, Lacrosse, Marrast, Cormenin und Portalis; die beiden Sekretäre: Edmond Lafayette und Péan. — Die Städte Angers, Nantes, Orleans u. a. verlangen die Erlaubniß, Anleihen von **2—400,000** Fr. machen und diese Beträge durch freiwillige Zusatzsteuern binnen **10** Jahren bezahlen zu dürfen. Diese Summen sind zur Beschäftigung und Unterstützung erwerbloser Arbeiter bestimmt. Alle diese Anleihen werden bewilligt. — An der Tagesordnung ist das Gesetz über die Anleihe von **150** Millionen bei der Bank von Frankreich. Es findet keine allgemeine Diskussion statt und das Gesetz wird, Artikel um Artikel, angenommen. — Nach einigen unbedetenden Bemerkungen geht die Versammlung zur Tagesordnung über: Diskussion über das Gesetz wegen der Associationen der Arbeiter unter einander und deren Begünstigung durch den Staat mittelst eines ersten Kredites von **3** Millionen. Bei Postschluß spricht Charles Dupin.

[Der Zustand von Paris.] Die größte Ruhe und Ordnung herrscht in Paris; alle öffentliche Gärten sind wieder geöffnet worden, das Vertrauen ist größer, als es je seit dem **24**. Februar war und die Kurse sind an der gestrigen Börse abermals gestiegen. Die Theater sind zwar noch geschlossen, weil viele von ihnen zu fliegenden Spitälern benutzt wurden (wobei alle Schauspielerinnen Kranken-Wärterinnen-Dienste thaten), aber General Cavaignac hat bereits die Direktoren ersucht, sobald als möglich wieder ihre Vorstellungen zu beginnen und ihnen Allen Entschädigungen zugesagt. — Oberst Ludre, Volksvertreter, hat auf Befehl des

Generals Cavaignac eine genaue Untersuchung der Katakomben angestellt. Drei Stunden lang wurden dieselben nach allen Richtungen durchkreuzt: allein man fand nichts als einige Waffen und es scheint, nach den Fußtritten zu urtheilen, daß die Insurgenten, die sich hineingeflüchtet hatten, sie noch während des Kampfes wegen Mangel an Lebensmitteln verließen. — Der durch die Insurrektion in Paris verursachte materielle Schaden wird nach den vorläufigen offiziellen Schätzungen auf zehn Millionen angegeben.

[Vermischtes.] Der frühere Minister der Staatsbauten Herr Trélat ist zum Maire der neu organisirten Munizipalität des 12. Arrondissements ernannt worden. Die Estafette zeigt heute an, daß General Bedeau das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht annehme, daß Herr J. Bastide sonach Minister des Auswärtigen bleibe und ein Admiral das Portefeuille der Marine übernehmen werde. Louis Blanc veröffentlicht heute in der Démocratie pacifique einen Brief, in dem er die Anschuldigungen, als seien seine Lehrern Schuld an den blutigen Ereignissen des Juni, mit Entrüstung zurückweist. Er citirt mehrere Stellen seiner im Luxembourg gehaltenen Reden nach dem Moniteur, und weist nach, daß er sich stets gegen die Anwendung der brutalen Gewalt ausgesprochen und die allmählige friedliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gepredigt habe. — Die geheime Haft, in der sich Emil v. Girardin befand, ist gestern aufgehoben worden, seine Frau und seine Freunde dürfen ihn jetzt besuchen. Dessenungeachtet steht er noch unter der Jurisdiktion der Kriegsgerichte und sein Prozeß ist eingeleitet. Ein literarischer Freibeuter benutzte Girardins Gefangenschaft und das Nichterscheinen seines Journales, um gestern ein Journal erscheinen und auf den Straßen ausrufen zu lassen, das La Presse — républicaine hieß. Das Publikum, das wähnte, es sei Girardins Presse, kaufte das Blatt begierig; aber schon am Abende wurden der Redakteur und die Ausrufer dieser Pseudo-Presse auf Cavaignac's Befehl verhaftet. — Der junge Négrier, der von der National-Versammlung zum Lieutenant ernannt worden ist, hat sich bei seinem Obersten in der Kleidung des gemeinen Soldaten gestellt. Auf die Frage des Obersten, warum er nicht seine Offiziers-Epauletten trage, antwortete der Jüngling: „Ich habe sie einen Tag getragen, um mich so meiner Mutter zu zeigen. Jetzt aber, Herr Oberst, erlauben Sie mir als Soldat zu dienen, bis ich die Epauletten verdient habe." Der Kriegsminister hat diesen Wunsch genehmigt, aber angeordnet, daß, sobald Négrier zum Lieutenant befördert werde, er seinen Rang vom Tage seiner Ernennung durch die National-Versammlung rechne.

## Spanien.

**Madrid**, 29. Juni. [Eine Mesalliance.] Der Infant D. Franz Paula hat viel Familienkummer. Man kennt die sonderbare Heirath einer seiner Töchter mit einem Polen; man entsinnt sich der Liebesabenteuer seines Sohnes Don Enrique, und heute hat die Königin abermals eine seiner Töchter, die Infantin Josefa Fernanda Luisa v. Bourbon aller ihrer Hoheitsrechte verlustig erklärt, weil sie einen reichen Amerikaner, Namens José Guelly Rente, geheirathet hat.

# Lokales und Provinzielles.

†† **Breslau**, 9. Juli. [Die Reise des Erzherzogs Johann von Oderberg nach Breslau.] Heut Morgen, mit dem Wiener Nachtzuge, traf Erzherzog Johann von Oesterreich, des deutschen Reiches erwählter Verweser, an der preußischen Grenze an, um seine Reise nach Frankfurt a. M. fortzusetzen. Das heutige Nachtquartier ist Görlitz. In der Begleitung des Erzherzogs, welcher in fast bürgerlicher Einfachheit reist, befinden sich die bekannten, von Frankfurt an denselben gesandten Deputirten, jedoch mit Ausschluß von Franz Raveaux, welcher in Folge einer Erkrankung in Wien zurückzubleiben genöthigt war. Außerdem befindet sich auf dem Zuge eine hagere Figur mit strengen, fast bittern Zügen, es ist — der Marschall Marmont, von Wien kommend, dessen Reiseziel indeß nicht bekannt ist. Ob Paris? er dürfte dort kaum einen freundlichen Empfang finden. Wie anders ist dagegen des Erzherzogs äußere Erscheinung. Eine große stattliche Figur, mit soldatischem Anstande. Die Stirn ist hochgewölbt und frei, das Haupt mit dem unverkennbar habsburgischen Profil umgiebt ein Kranz von dünnen und schlichtem grauen Haar. Das blaue Auge blickt Güte und Aufrichtigkeit. Die Gesichtszüge, deren Hauptgepräge Bierderkeit und Milde sind, verrathen nichts destoweniger, besonders wenn der Erzherzog spricht, Stetigkeit und Willenskraft. Die Kleidung des Reichsverwesers ist höchst einfach, durch nichts von der äußeren Erscheinung eines wohlhabenden Bürgers unterschieden. Es wird nicht schwer, an der körperlichen Haltung den vom Alter noch nicht besiegten, rüstigen Soldaten und Gemsjäger zu erkennen. Obschon eine nächtliche Reise voraufging, und die Empfangsfeierlichkeiten fast auf jeder Station in einer ermüdenden Gleichförmigkrit sich wiederholten, hat der Erzherzog doch nur in Oderberg eine Tasse Kaffee angenommen, und bleibt im Uebrigen, seine jüngere Umgebung beschämend, so rüstig, daß er in gleicher freundlicher Weise auf allen Haltpunkten der Bahnzüge für eine Menge von Personen herzliche und kräftige Worte zu spenden vermag. Es ist leicht, mit diesem Manne vom Herzen weg zu reden, und er scheint es gern zu sehen, wenn alle Förmlichkeiten im Gespräche mit ihm beseitigt werden. Dies bewies er in Oderberg, wo ein an sich so höchst einfacher Vorgang alle Umstehenden eben durch seine Einfachheit rührte. Ein tyroler Weib nämlich trat den Erzherzog mit den Worten an: „Na, grüß' Di God Johannes, was machschst Du?" — „Es geht mir gut," antwortete der Angeredete, und fragte „wo bist Du her?" — „Aus dem Freundlithal." — „Was treibst Du hier?" — „I handle mit Schnittwaaren." — „Nun", so schloß Johann das Gespräch „mög' es Dir gut gehen mit Deinem Handel, und wenn Du heimkehrst, so grüß' mir Deine Landsleute." Die Reise des Erzherzogs glich einem Triumphzuge. Ueberall ward er mit Enthusiasmus empfangen. Ueberall hatten sich Behörden und Bürgerwehr zum Empfange auf den Perrons der Bahnhöfe aufgestellt. So in Ratibor, Kosel, Oppeln, Löwen, Brieg, Ohlau, Breslau. Die Administrativ-Behörden gaben stationsweise das Geleit. So Graf Pückler, der Regierungs-Präsident, von Oppeln aus, bis wohin die Landräthe Wichura und Himml (Kreis Ratibor und Kosel) sich dem Zuge angeschlossen hatten. Bis Brieg waren der Oberpräsident Pinder und Polizei-Präsident Kuh entgegengeeilt. Ueber die Bürgerwehr äußerte sich der Erzherzog sehr billigend. Am stattlichsten sieht dieselbe wohl unbedingt in Ohlau aus, sie ist dort unseren Schützen fast gleich uniformirt und trägt auf den Helmen den Hahn (das Stadtwappen). Auch die Blousenmänner in Brieg gaben dem Erzherzoge Veranlassung zu beifälligen Aeußerungen. — Ob der Erzherzog die geeignete Person sein wird, Deutschland Einigkeit und Frieden zu bringen, das können nur Diejenigen beurtheilen, welchen seine Persönlichkeit genauer bekannt ist. Wir hörten aus dem Munde solcher das übereinstimmende Urtheil, daß vermöge seines guten Willens, seiner Redlichkeit und Energie Erzherzog Johann allerdings die hierzu vorzugsweise befähigte Person sein möchte. Fraglich bliebe demnach zur zweierlei, nämlich: werden die politischen Parteiungen keine Hindernisse bereiten, daß der Reichsverweser eine freie Thätigkeit zu entwickeln vermöge, und wird der Reichsverweser selbst, trotz der seit langen Jahren befolgten auswärtigen Politik, einsehen, daß ein ferneres Festhalten an den bisher innegehabten Prinzipien Deutschlands Unglück herbeiführen müsse? Eine nahe Zeit wird diese Fragen lösen, hoffen wir, daß die für Deutschland günstigste Beantwortung eintreten werde.

* **Breslau**, 10. Juli. [Erzherzog Johann, der deutsche Reichsverweser, in Breölau.] Die Kunde, daß der deutsche Reichsverweser auf seiner Fahrt nach Frankfurt unsere Stadt passiren werde, lockte gestern eine zahllose Menschenmasse nach dem oberschlesischen Bahnhofe. Die Perrons waren dicht besetzt, und an dem äußersten Ende war eine Abtheilung Bürgerwehr postirt. Zur Begrüßung des Reichsverwesers hatten sich der Oberst der Bürgerwehr, Hr. General v. Safft nebst den städtischen Behörden eingefunden. Unter Kanonendonner langte der mit dreifarbiger Fahne geschmückte Bahnzug an. Herr Bürgermeister Bartsch richtete Namens der Stadt eine kurze Empfangsrede an den Reichsverweser, die derselbe aufs freundlichste erwiederte. Nach der Anrede und nach der Beantwortung erscholl ein dreimaliges donnerndes Hoch. Ohne den Wagen zu verlassen, fuhr der Reichsverweser nach einer kleinen Pause auf der Verbindungsbahn nach dem märkischen Bahnhofe, wohin nun auch die Menschenmasse eilte. Dort waren der kommandirende General, Herr Graf v. Brandenburg und der Gouverneur v. Quadt zum Empfange des Reichsverwesers bereit, und der Perron war mit Bürgerwehr und einer militärischen Ehren-Wache besetzt. Weithin schallten die Töne des Musikchors während des Mittagsmahls, das der Reichsverweser auf dem Bahnhofe einnahm. Zimmer und Höfe waren mit Menschen überfüllt. Nach der Mittagstafel besichtigte der Reichsverweser die aufgestellte Bürgerwehr und wurde von allen Seiten mit lautem Hurraruf begrüßt. Dichte Menschenhaufen standen längs der Bahn, und unter ihrem freudigen Zuruf und dem Schalle fröhlicher Musik verließ der Reichsverweser, in Begleitung der höchsten Behörden, unsere Stadt.

* **Breslau**, 10. Juli. [Volksversammlung im Schießwerder.] Der demokratische Verein hatte in Verbindung mit mehreren Zweigvereinen auf gestern Vormittag eine Volksversammlung einberufen, um derselben einen Protest vorzulegen, gegen die Art, nach welcher die National-Versammlung in Frankfurt den deutschen Reichsverweser gewählt hat. Es unterschied sich diese Versammlung wesentlich von allen früheren dadurch, daß in ihr auch Mitglieder des konstitutionellen Centralvereins auftraten und ihre Prinzipien geltend zu machen suchten. — Hr. Engelmann eröffnete die Versammlung, und suchte nachzuweisen, daß die National-Versammlung in Frankfurt die Souverenetät des Volkes, aus der sie hervorgegangen, dadurch aus der Hand gegeben, daß sie die Centralgewalt für unverantwortlich und nicht an die Beschlüsse der National-Versammlung gebunden erklärte, ihr dagegen die Verpflichtung auferlegt, im Einverständnisse mit den Regierungen zu handeln. Nachdem noch mehre Redner in demselben Sinne gesprochen, trat Hr. Wilda auf, um gegen den Protest zu sprechen. Er räumte ein, daß jede Regierung ihre Kraft lediglich in dem Volkswillen habe, nur könne man diesen Willen in nichts anderem als in der Volksvertretung verkörpert sehen. Gegen die Beschlüsse der National-Versammlung auftreten, hieße sich gegen die Volkssouveränetät auflehnen, und er warnte vor einem solchen Schritte, indem er auf den demokratischen Verein in Darmstadt verwies, der das Auftreten gegen die Frankfurter Versammlung für Hochverrath erklärt hat. — Ein Theil der Versammlung unterbrach den Redner durch Zeichen des Mißfallens, wurde aber von Hrn. Engelmann ganz energisch zur Ruhe verwiesen. — Gegen Hrn. Wilda trat Hr. Berthold Auerbach auf. Die National-Versammlung habe die Aufgabe, die deutsche Einheit zu begründen. Diese Einheit aber könne nicht erreicht werden, wenn mit den Fürsten unterhandelt wird. — Ein anderer Redner verwies auf die Nothwendigkeit der Republik. — Gegen den Protest sprach noch Hr. Wuttke. Die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers sei für eine starke Einheit Deutschlands nothwendig, da bei der Verantwortlichkeit ein ofter Wechsel in der Centralgewalt eintreten könnte, wie z. B. bei dem Ministerium in Berlin. Der Reichsverweser könne übrigens nichts ohne das Ministerium vollziehen, und dieses ist verantwortlich. Der Redner stellte schließlich noch die Frage, wie man den im Protest befindlichen Passus beweisen könne: „die Majorität des Volkes stimmt mit der Minorität der National-Versammlung." — Hierauf erwiederte Hr. Asch, die Majorität des Volkes könne nur mit der Minorität der National-Versammlung stimmen, weil diese die Volkssouveränetät gewahrt hat, und das Volk sich unmöglich seiner Eigenherrlichkeit begeben kann. Was die Verantwortlichkeit des Ministeriums anbelangt, so sei sie nur Chimäre, da die Centralgewalt das über ein Ministerium ausgesprochene Urtheil der National-Versammlung doch nicht zu vollziehen brauche. — Nachdem noch mehre Redner für den Protest gesprochen, wurde die Versammlung geschlossen, und der verlesene Protest zur Unterschrift ausgegeben. Der Inhalt desselben ist etwa folgender: Es werde die Gesinnung der National-Versammlung, aus welcher die Einsetzung der Centralgewalt hervorgegangen, anerkannt, die Art der Ausführung dieses Aktes jedoch verworfen. — Die National-Versammlung habe sich bei ihrer Eröffnung durch den Präsidenten für souverän erklärt, und bei dieser Erkläruug müsse sie stehen bleiben, und sich nicht selbst der Macht berauben, ihre Beschlüsse ausführen zu lassen. Es werde daher gegen die Beschlüsse der National-Versammlung, nach welchen der Reichsverweser unverantwortlich und nicht verpflichtet ist die Beschlüsse der National-Versammlung zu vollziehen, und ihm die Verpflichtung auferlegt wird, sich mit den Bevollmächtigten der Regierungen in Verbindung zu setzen, entschieden und feierlich protestirt, und gefordert, daß die National-Versammlung bei Einsetzung der definitiven Centralgewalt diesen Prost in ernste Erwägung ziehe. — Der Minorität wird Anerkennung ausgesprochen, und dieselbe aufgefordert, auch noch fernerhin die Volksrechte energisch zu vertheidigen, denn die Majorität des Volkes stimme mit der Minorität der National-Versammlung.

* **Breslau**, 10. Juli. [Verhaftung.] Gestern wurde der Schneidermeister Falkenhain gefänglich eingezogen, weil er in einer öffentlichen Versammlung Beleidigungen gegen den König ausgestoßen haben soll.

[Bürgerwehr-Angelegenheit.] Der Magistrat hat die Anführer der Bürgerwehr angefragt, ob sie damit einverstanden seien, daß gegen die Widersetzlichkeit der städtischen Arbeiter militärische Hülfe requirirt werde. Es wurde beschlossen, daß die Kompagnien darum befragt werden sollen. — Wir wollen hoffen, daß die Bürgerwehr sich stark genug fühlt, um die Renitenz der Arbeiter selbst zu bewältigen und zum wenigsten keine militärische Hülfe beansprucht, ehe sie die eigene Kraft erprobt hat.

—r— **Glogau**, 8. Juli. [Lehrerverein.] Hier hat sich am 5. d. M. ein freier Lehrerverein konstituirt und seinen Anschluß an den Breslauer Central-

verein erklärt. Die Statuten des letztern wurden fast durchgängig auch für hier zur Richtschnur genommen. Vorsitzender ist der zum Deputirten für die Provinzial-Lehrerkonferenz gewählte Lehrer Anforge; Stellvertreter Oberlehrer Arnheim. Vorläufig haben dreißig und einige Lehrer ihre Mitgliedschaft durch Namensunterschrift erklärt. Die Versammlungen werden vorerst allmonatlich stattfinden.

**Bunzlau,** 7. Juli. [Truppen-Märsche.] Gestern sind die 3. und 4. Kompagnie des 1. Bataillons 10. Linien-Infanterie-Regiments, welche seit dem 18. v. M. hier in Garnison gestanden, so wie die 1. und 2. Kompagnie desselben Bataillons, welche des Morgens von Löwenberg hier eingetroffen, mit einem Extrazuge nach Frankfurt a. d. O. abgegangen. (Sonntagsbl.)

**Görlitz,** 7. Juli. [Truppenmärsche.] Gestern nach 7 Uhr Abends marschirten über 300 Mann Reserven für das Garde-Corps und hauptsächlich die in Schleswig-Holstein befindlichen Regimenter, geleitet von einem Kommando Jäger und umwogt von einer großen Menschenmenge, nach dem Bahnhof. Um 8 Uhr verließen die Reservisten, der Stadt Görlitz Lebehochs ausbringend, mit dem Berliner Nachtzuge den Bahnhof. (Anz.)

**Landeck,** 6. Juli. [Die Bade-Saison. — Meuchelmord. — Renitenz der Bauern.] Die Bade-Saison, die sich bei dieser grausigen Zeit so bedenklich und traurig anließ, fängt an lebhafter zu werden; unsere Badelisten zeigen schon über 200 Familien, und befinden sich diese, entfernt von den politischen Wirren der Gegenwart in unseren schönen Thälern behaglich, ruhig und glücklich. Wie man hört, wollen viele Familien, welche die böhmischen Bäder zu besuchen gedachten, um die Kur zu gebrauchen, lieber nach Landeck als nach jenem so gefährlichen Czechenlande gehen. — Die Aussetzung der Arbeiten in den Ullersdorfer und Eisersdorfer Fabriken bringt namenloses Elend unter die Arbeiter. — In dem benachbarten Seitenberg wurde der Färber Katzer am 1. d. Abends durch einen Schuß durchs Fenster getödtet. (Wie bereits in der Bresl. Zeitung kurz gemeldet.) Derselbe war wegen Verdacht einer Brandstiftung seit dem Monat November v. J. zur Untersuchung gezogen und nach Glaz gebracht, jedoch seit einiger Zeit wegen Mangel des Beweises entlassen worden. — Er saß an jenem Abend mit seiner Frau am Tische, als der Schuß fiel. Die Frau behauptet, vor Schrecken hintern Ofen geflüchtet und dort eingeschlafen zu sein. Früh 4 Uhr machte sie erst Lärm und holte einen Dorfarzt. Die ganze Mordgeschichte ist in ein tiefes Dunkel gehüllt. — Auf der hiesigen Herrschaft hatten die robot- und zinspflichtigen Leute auch ein kleines Lüstchen, sich für ganz befreit zu halten, namentlich war die Gemeinde Alt-Gersdorf darin beharrlich und zu Georgi zahlte daher beinahe Niemand. Gegen die Säumigen wurde hierauf Klage eingeleitet; kaum erhielten sie davon Kenntniß, so beeilten sie sich, noch ehe die Klagen insinuirt worden, ihre Obliegenheiten zu erfüllen oder baten um Nachsicht. — Im Mittelwald'schen, wo die Althann'sche Herrschaft gegen die Einsassen einen großen Prozeß wegen Confirmationsgebühren verloren, war der Heerd dieser Renitenz zu suchen, welche sich sehr leicht hätte weiter verbreiten können. (Bürgerfr.)

# Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Am 6. Juli beging die königliche Akademie der Wissenschaften das Andenken an Leibnitz, den ersten Präsidenten der hiesigen Societät der Wissenschaften, in einer öffentlichen Sitzung. Die Preisaufgabe für folgendes Jahr ist: eine chemisch-physiologische Untersuchung und Vergleichung von Früchten, in unreifem und reifem Zustande.

— (Paris.) Am 4. Juli früh um 8 Uhr ist Chateaubriand gestorben. Das Journal des Débats meldet diesen Todesfall mit folgenden Worten: „Frankreich, die ganze wissenschaftliche Welt, die ganze Welt des Genie's und des Ruhmes haben einen Verlust erlitten, der selbst inmitten des Aufruhrs der Revolution tief gefühlt werden wird. Es ist ein Schmerz mehr zu all' den Schmerzen des Vaterlandes; doch zum wenigsten hat Herr v. Chateaubriand sein Leben, das zu den bewegtesten, geprüftesten, glänzendsten und ruhmreichsten der neueren Zeit gehörte, in Frieden und umgeben von der rührendsten Pflege enden können. Er ist fast achtzig Jahre alt geworden."

— Am 3. Juli ereignete sich in Stuttgart ein merkwürdiger Fall. Ein Scheerenschleifer wurde verhaftet. Im Stadtdirektions-Gefängniß kommt er in die Gesellschaft mehrerer anderer Gefangenen. Unter diesem fällt ihm ein junger Mann auf, welchen er anzureden sucht. Dieser versteht aber nicht deutsch. Der Scheerenschleifer hört, daß er ein Russe sei. Der russischen Sprache mächtig, wendet er sich von Neuem an ihn. Der Russe antwortet und erzählt, daß er nach ....temberg gereist, um seinen Vater zu suchen, der, wie er erfahren, in diesem Lande sich aufhalte, daß er aber — aller Mittel entblößt — der Polizei anheimgefallen sei. Er weiß auch den Namen dessen zu nennen, der sein Vater sein soll. Da stürzen dem Scheerenschleifer Thränen aus den Augen. Der Mitgefangene ist sein Sohn, den er als kleines Kind in Rußland zurückgelassen, um sein Glück in der weiten Welt zu suchen? Der Vater hatte sich indeß in Griechenland anwerben lassen, fiel in türkische Gefangenschaft, kämpfte dann gegen Mehemed Ali, trat später in dessen Dienste und kam nach Würtemberg zurück, um auf eine so wunderbare Weise in dem Stadtdirektions-Gefängnisse zu Stuttgart mit seinem Sohne zusammenzutreffen.

## Handelsbericht.

* **Breslau,** 8. Juli. Wir hatten in unserem letzten Wochenbericht von einer Erhöhung der Getreidepreise gesprochen, und freuten uns dies mittheilen zu können, weil ein gar zu Niedriggehen aller Kornarten, außerordentlich störend auf alle Geschäfte wirkt. Durch das anhaltend trockene Wetter aber haben sich die Preise leider wieder niedriger gestellt, und dadurch ist alle Kauflust mit einem Male geschwunden, nur heute war es wieder ein wenig lebhafter für Roggen und Erbsen, so daß wir denselben um 2 Sgr. pro Scheffel besser als gestern bezahlen mußten. Die Ursache mag wohl der schon beginnenden Ernte zuzuschreiben sein, weil unsere Oekonomen mit dem Einbringen der Feldfrüchte jetzt schon zu thun haben und daher weniger zum Markte schicken können. — Bezahlt wurde heute für weißen Weizen 46—52 Sgr., für gelben 43—49 Sgr., für Roggen 25—30½, auch 31 Sgr., für Gerste 22—26 Sgr. und für Hafer 16—19½ Sgr. Kocherbsen waren sehr für Oberschlesien gesucht und wurden von 33—40 Sgr., auch 41 Sgr. bezahlt. Auch für Roggen vom Boden und aus dem Kahne zeigte sich Kauflust, die Inhaber waren geneigt ihr Lager zu civilen Preisen wegzugeben, die Käufer machten aber ein zu niedriges Gebot. — Rapps bleibt sehr gefragt, und holte heute für Waare, die bald geliefert wurde, 59 bis 63 Sgr., auch 64 Sgr; auf Lieferung pro Juli und August wird willig 65 Sgr. gezahlt, was jedoch gar nicht im Verhältniß zu den bezahlten Preisen für frische Waare steht. — Auch für Winterrübsen ist der Begehr gut, und wird von 53—57 Sgr. bezahlt. — Die Stimmung für Spiritus ist flau, es wird wohl alle Tage so manche kleine Post umgesetzt, allein große Parthien mußten billiger erlassen werden. 8⅓ wird gefordert, indeß würde bei 8⅙ anzukommen sein; wir haben zu Wasser viele Zufuhren.

Rüböl ist ebenfalls sehr flau, 9⅓ Rthl. wurde gefordert, dieser Preis ist jedoch nicht zu erreichen, für 300 Ctr. bot man 8¾ Rthl. gegen sofortige Zahlung, Verkäufer wollten aber dazu nicht abgeben. — Russisches Mehl wird à 26 Sgr. pro Ctnr. offerirt, Käufer wollen nur 22½ bis 24 Sgr. anlegen.

In Zink fanden einige Umsätze zu 3½ Rthl. für Loco-Waare in dieser Woche statt, heute ist 3½ Rthl. Geld, ohne Abgeber zu finden.

### Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 2. bis 8. Juli d. J. wurden befördert 9818 Personen und eingenommen 15,177 Rtlr.

Im Monat Juni betrug die Frequenz 35,960 Personen, 124,134 Ctr. Güter und die Gesammt-Einnahme 58,849 Rtlr. 11 Sgr. 2 Pf.

### Neisse-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 2. bis 8. Juli d. J. wurden befördert 1710 Personen und eingenommen 1021 Rtlr.

Im Monat Juni betrug die Frequenz 5,482 Personen, 9,007 Ctr. Güter und die Gesammt-Einnahme 2,769 Rtlr.

### Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche v. 26. Juni bis 2. Juli d. J. wurden befördert 1395 Personen, 3774 Ctr. Güter und eingenommen 1394 Rtlr.

Im Monat Juni betrug die Frequenz 8,344 Personen, 16,954 Ctr. Güter und die Gesammt-Einnahme 6897 Rtlr.

### Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 2. bis 8. Juli d. J. 5162 Personen befördert. Die Einnahme betrug 4434 Rtlr. 26 Sgr. 3 Pf.

### Niederschlesische Zweigbahn.

Auf der Niederschlesischen Zweigbahn sind im Monat Juni d. J. 13648 Personen für 5555 Rtr. 22 Sgr. 5 Pf. befördert worden.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 8695 Pfd. Gepäck-Ueberfr. für | 75 „ | 1 „ | 6 „ |
| 19 Equipagen für | 109 „ | — „ | — „ |
| 144 Stück Vieh und 6 Ctr. Geflügel für | 175 „ | 20 „ | 6 „ |
| 16,123 Ctr. Güter für | 1606 „ | 20 „ | — „ |
| mithin betrug die Einnahme | 7521 Rtlr. | 4 Sgr. | 5 Pf. |

# Inserate.

## Bekanntmachung.

Die Entrichtung der Grund-, Getreide- und anderen Zinsen wird seit einiger Zeit von mehreren Seiten aus dem irrigen Grunde verweigert, weil die Pflichtigen sich zur Leistung solcher Abgaben nicht mehr für verbunden erachten. Die Verpflichtung dazu besteht jedoch so lange fort, bis dieselbe durch ein im verfassungsmäßigen Wege erlassenes Gesetz abgeändert sein wird. Wir können daher auch, besonders bei der Nothwendigkeit, die Einnahmen der Staatskasse derselben im gegenwärtigen Augenblicke ungeschmälert zu erhalten, derartige Weigerungen in keiner Weise berücksichtigen, werden vielmehr die Einziehung jener Abgaben nöthigen Falls im Wege der Exekution bewirken lassen.

Breslau, den 8. Juli 1848.

Königliche Regierung.
Abtheilung für Domainen, Forsten und direkte Steuern.

## Bekanntmachung.

Nachdem wir in Erfahrung gebracht haben, daß hiesige Tagearbeiter die Bedienung des nach der Stadt kommenden Lastfuhrwerks, namentlich das Ab- und Aufladen der Getreidefuhren, sogar unter Berufung auf obrigkeitliche Verordnungen, auf den Marktplätzen und an den Mühlen ausschließlich beanspruchen und die Inhaber des Fuhrwerks an der Verwendung der mitgebrachten eigenen Dienstleute hindern, so machen wir hierdurch darauf aufmerksam:

daß dieses Verfahren ein durchaus gesetzwidriges und von uns weder angeordnet worden ist, noch angeordnet werden konnte; daß vielmehr jeder Inhaber eines Fuhrwerks vollkommen befugt ist, Anforderungen jener Art zurückzuweisen, sich der eigenen in seinen Diensten stehenden Leute zu bedienen, und hierbei auch der polizeilichen Unterstützung versichert sein kann, welche nöthigenfalls nach den neuerdings getroffenen umfassenden Anordnungen mit bewaffneter Macht durchgeführt werden wird.

Breslau, den 8. Juli 1848.

Das königliche Polizei-Präsidium.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

## Eine Scene aus der Volksversammlung.

Während der letzte Redner sprach, stand ich mit Professor W. unter den Linden nicht weit von den Tischen, worauf die Proteste ausgelegt waren, im Gespräch. Da bemerkte ein in unserer Nähe befindlicher, wie es schien dem Handwerkerstande angehöriger Mann, daß die vier jungen Leute, welche die Proteste ausliegen hatten, fortwährend emsig in dieselben schrieben und äußerte die Vermuthung, sie möchten wohl Unterschriften machen. Aufmerksam geworden, traten wir nun näher und sahen wirklich gleich in dem uns nächstliegenden Blatte 6—7 Namen noch ganz naß, also offenbar erst den Augenblick vorher geschrieben, aber, obschon nur Einer seit langer Zeit die Feder geführt hatte, doch die Schriftzüge der einzelnen Namen äußerst verschiedenartig gezeichnet. Da gab's einen X aus irgend einem Stande mit kühnen weiten Strichen, daneben einen Y aus einem andern Stande mit ganz kleiner enger Schrift u. s. w. u. s. w., und während wir noch zusahen, tauchte der Schreiber schon wieder ein und begann einen neuen Namen, mit zögernder Hand, gleichsam nachdenkend und mit wieder ganz veränderten Zügen. Jetzt unterbrachen wir ihn und fragten: mit welchem Rechte er fremde Namen unterschreibe? Der junge Mensch legte verwirrt die Feder alsbald nieder und stammelte etwas von „Aufträgen solcher, die nicht schreiben können", obschon, wie wir genau wußten, im Laufe der letzten Viertelstunde kein Mensch an den Tisch getreten war, der diesen Auftrag hätte geben können, und dann, was die Hauptsache ist, die in Rede stehenden Namen solchen Personen beigelegt waren, welche heut zu Tage wohl schwerlich des Schreibens unkundig sein können, nämlich meist Gesellen und selbst einem Meister, ich besinne mich nicht mehr, welches Gewerkes. Kaum hatten wir aber diese Antwort vernommen, so erhob sich vom untern Ende des Tisches ein kleiner stämmiger Herr, der Kleidung nach den gebildeten Ständen angehörig und fragte in entrüstetem Tone: „Was geht Sie denn das an?" und darauf höhnisch: „Sollen wir vielleicht auch Ihre Namen unterschreiben? wir thun es für jeden (hier folgte ein sehr edler Ausdruck), der nicht schreiben kann." Sowohl W. als ich, wandten uns nun natürlich gleich weg, ich mit den Worten: „Es muß schlimm um Ihre Sache stehen, da Sie dieselbe nur durch Beleidigungen vertheidigen zu können glauben." Jetzt erhob Jener seine Stimme mit Macht: „Ein Aufpasser! ein Aufpasser! kommen Sie bloß darum her, um zu lauschen?" und in Kurzem war eine Menge um uns versammelt und der Weg versperrt. Ich forderte die Umstehenden auf, den Grund dieses Auftritts sich erzählen zu lassen, jener Herr jedoch — ich hörte ihn Hübner nennen — ließ mich nicht zu Worte kommen, sondern schrie und gestikulirte mit erhöhtem Eifer und schien die Menge gegen den „Aufpasser" in Entrüstung bringen zu wollen. Ich weiß nicht, wie weit ihm dies gelungen wäre, denn plötzlich drängte sich Dr. Rosenhain durch die Menge, fiel jenem Herrn ins Wort und beschwor die Umstehenden, keine Unordnungen zu veranlassen, nannte dabei meinen Namen und forderte Jeden, der etwas gegen mich habe, auf, mich auf gesetzlichem Wege zu belangen. Nun erhob sich H. gegen Dr. Rosenhain: „Wer ihn hergerufen" ꝛc.ꝛc. in nicht eben angenehmer Art. Es entstand ein Getümmel und ich konnte mich entfernen. — Zehn Minuten später hörte ich, bei einer Gruppe vorübergehend, folgendes Gespräch: „Was war's denn eigentlich?" — „J, 's waren ein paar Reactionairs da, die wollten die Listen stehlen." — „Ne, so was lebt nicht, die verfluchten Kerls!" — „Na, man hat sie gut ablaufen lassen." Gegen Abend aber sprach man in der Zeitungshalle bereits von einem Komplott der Reactionaire, welches die Volksversammlung habe sprengen wollen.

Dr. Rt.

# Zweite Beilage zu № 159 der Breslauer Zeitung.

**Dinstag den 11. Juli 1848.**


**Theater-Nachricht.**
Dinstag: Vierzehnte Abonnementsvorstellung. **„Der Freischütz.“** Romantische Oper in 4 Akten, Musik von C. M. v. Weber.
Mittwoch, neu einstudiet: **„Das bemooste Haupt“**, oder: **„Der lange Israel.“** Schauspiel in 4 Akten mit Gesang von R. Benedix. Neu arrangirt von W. Isoard. Ouverture und Entreacts componirt von G. Heinze. Die eingelegten Gesänge sind von verschiedenen Komponisten.

---

Pauline Chafack,
Herrmann Frankenstein,
empfehlen sich als Verlobte.

---

**Entbindungs-Anzeige.**
Heute früh nach 1 Uhr wurde meine Frau von einem Knaben glücklich entbunden.
Breslau, den 8. Juli 1848.
Eugen Seidelmann.

---

**Entbindungs-Anzeige.**
Gestern Nachmittag wurde meine Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden, welches ich Verwandten und Bekannten ganz ergebenst anzeige.
Dubensko bei Gleiwitz, den 8. Juli 1848.
W. Hentschel, Schichtmeister.

---

**Entbindungs-Anzeige.**
(Statt besonderer Meldung.)
Heute Vormittag wurde mein geliebtes gutes Weib Bertha, geborene Hrabak, von einem gesunden kräftigen Knaben glücklich entbunden.
Langendorf bei Tost, den 8. Juli 1848.
Brünner, Wirthschafts-Inspektor.

---

**Todes-Anzeige.**
(Verspätet.)
Am 4ten d. Mts. endete unser theurer Gatte, Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kaufmann J. Schönwald in Friedland O.-S., am Schlagfluß in seinem 63sten Lebensjahre. Diese traurige Anzeige widmen allen denen, die den Biedermann kannten, mit der Bitte um stille Theilnahme:
die Hinterbliebenen.

---

**Todes-Anzeige.**
Heute Nachmittag, halb 2 Uhr, entschlief sanft an Alterschwäche unser geliebter Gatte, Vater und Großvater, der Particulier, frühere Cafetier, Johann Carl Ferdinand Liebich, in dem ehrenvollen Alter von 73 Jahren, 11 Monaten, 28 Tagen. Er war 51 Jahre Cafetier. Durch rastlose Thätigkeit und große Umsicht in seinem Fache wußte er sein Etablissement zu einem wohlverdienten seltenen Rufe zu bringen, und in demselben dauernd zu erhalten. Diese Todes-Anzeige seinen vielfachen Bekannten und Freunden und seinen Verwandten zur Mittheilung mit der Bitte um stille Theilnahme. Friede seiner Asche!
Breslau, den 9. Juli 1848.
Eleonore Liebich, geb. Koschel, als Wittwe.
Dr. Gustav Liebich, als Sohn.
Wilhelm Liebich, als Enkelsohn.

---

Wir haben mit gerechtem Erstaunen gehört, daß die Soldaten der hiesigen Garnison von ihren Vorgesetzten noch immer mit Du angeredet werden. Sollte die Kabinetsordre Sr. Majestät von den hier garnisonirenden Obern der Regimenter nicht bald respektirt werden, so ist es Aufgabe der Presse, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, daß dieser humane Befehl Sr. Majestät des Königs sofort ausgeführt werde. Wir wollen jedoch von der bekannten Liberalität unseres Commandirenden das Richtige in dieser Sache erwarten.

---

Den Lehrern Boremann und Linde:
Luk. 7, 16.

---

**Danksagung!**
Für die zahlreiche Theilnahme, so wie für die liebevolle Ehrenbezeigung durch die 9te Kompagnie der Bürgerwehr, welche bei der Beerdigung meines mir unvergeßlichen Gatten, des hiesigen Kaufmann Adolph Lehmann, mir zu Theil geworden, sage ich hiermit tiefgerührt meinen innigsten Dank.
Breslau, den 10. Juli 1848.
Auguste Lehmann, geborene Thomany.

---

Meinen werthen Geschäftsfreunden die Mittheilung, daß ich **Speditions-Güter** wieder annehme.
Lublinitz, im Juli 1848.
**Louis Epstein.**

---

Ich wohne jetzt:
**Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 76.**
Dr. **Ludwig Heymann,**
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

---

Herrn Schuhmacher-Meister **Sinke** ersuche ich ergebenst, mir wegen einer nothwendigen Sache schleunigst seinen Wohnort anzuzeigen.
**A. Böse,** Schuhmacher-Meister.

---

**Zu vermiethen,** Michaelis beziehbar der erste Stock, 2 Zimmer, 2 Kabinets nebst Zubehör, Goldne Rade-Gasse Nr. 4.

---

Im Verlage der Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.** in **Breslau** ist so eben erschienen und zu haben:
## Praktische Erläuterungen zu dem amtlichen Abdrucke der Abschätzungs-Grundsätze der schlesischen Landschaft nach der Revision 1846. Von einem Landschafts-Beamten.
**gr. 8. 1848. Geh. 4 Sgr.**

---

Die wohlgetroffenen und prächtig ausgeführten Portraits von **Milde, Berends, Jung, v. Kirchmann, v. Reichenbach** sind so eben angekommen und für den billigen Preis von **nur 10 Sgr.** zu haben
Verlag von Hermes und Hempel in Berlin, und vorräthig bei **Grass, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, in **Brieg** bei **Ziegler.**

---

So eben erschien in Commission bei **A. Schulz u. Comp.** in **Breslau**, und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
## Karte der Nord- und Ost-See
**nebst genauer Angabe der Dampfschifffahrts-Course und der bedeutendsten Handelsplätze.**
Royal-Folio. Preis 5 Sgr.

---

Bei Julius Koffka in Leipzig erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen, in **Breslau** bei **A. Schulz u. Comp.**, Altbüsserstraße Nr. 10 an der Magdalenen-Kirche, zu erhalten:
## Nicolaus
**der Antichrist des neunzehnten Jahrhunderts.**
Eine klare und bestimmte Nachweisung aus der Offenbarung St. Johannis.
**Allen Gläubigen gewidmet.**
Preis 3 Sgr.

---

**Bekanntmachung.**
Zur Vertretung unseres erkrankten Stadtbaurathes auf 3 Monate, so wie zur Anstellung als Bauinspektoren qualifizirte Techniker werden hierdurch ersucht, sich so bald als möglich bei uns zu melden.
Breslau, 8. Juli 1848.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

---

## Warnung.
Herr **Jos. Friedländer** in Breslau ist **nicht** bevollmächtigt, Gelder für unsere Rechnung einzuziehen, und werden wir an denselben geleistete Zahlungen **nicht** anerkennen.
**L. Strauß Söhne,**
Weinhändler in Mainz.

---

Ein Reisender, welcher schon mehrere Jahre in einem hiesigen Geschäft engagirt ist, jährlich zweimal die Provinz für dasselbe bereist und in nächster Woche seine Reise antritt, wünscht gegen eine billige Provision noch für ein zweites Haus thätig zu sein.
Nähere Auskunft wird Herr **Richard Unger** (Firma: Magirus und Habicht), Ohlauerstr. 83, die Güte haben zu ertheilen.

---

**= Offene Stellen. =**
Ein verheiratheter Amtmann, zwei ledige Amtleute, zwei Wirthschaftsschreiber und ein Leibjäger mit guten Attesten, können sofort placirt werden.
Hauslehrer, Förster, Schaffner, Bediente, Kutscher, Marqueure, Haushälter, Handlungs-Commis und Lehrlinge, werden mit besten Empfehlungen nachgewiesen
durch den Commissionär und Agent
**Fr. Hoffmann** in Glatz.

---

Die Tochter einer Prediger-Wittwe, welche schon auf dem Lande konditionirt und gute Atteste aufzuweisen hat, sucht ein Unterkommen als Ausgeberin in der Stadt oder auf dem Lande. Näheres bei Hrn. Eduard Vetter in Breslau, Junkernstraße Nr. 8.

---

**Eine Posthalterei**
in einer kleinern Stadt Schlesiens wird mit einer Anzahlung von 1500 bis 2000 Thaler sofort zu übernehmen gesucht. Adressen, enthaltend die Bedingungen ꝛc., werden franco Posen, Gerberstraße 16, sub H. L. M. erbeten.

---

**Zwei Erzieherinnen**, von denen eine bereits seit fünf Jahren in Musik und andern Schulwissenschaften, so wie in französischer Sprache unterrichtet hat, und die andere, welche neben diesen Wissenschaften auch der englischen Sprache mächtig ist, und die vorschriftsmäßige Prüfung bestanden hat, wünschen zu Michaelis eine Anstellung. Näheres wird die Leuckart'sche Buchhandlung in Breslau, Kupferschmiedestr. Nr. 13, gütigst mittheilen.

---

Zwei große blühende Oleander sind billig zu verkaufen Klosterstraße Nr. 9.

---

Bei den Unterzeichneten erschienen so eben und sind in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** zu beziehen durch **Graß, Barth u. Comp.:**
Die von Herrn Prof. Dr. **H. Th. Roetscher** redigirten, monatlich **regelmäßig** herauskommenden
## Jahrbücher für dramatische Kunst und Literatur.
**Erstes Heft.**
Preis des Jahrgangs (12 Hefte, jedes 5 Druckbogen groß Lexikon-Oktav bei eleganter Ausstattung enthaltend) 6 Rthlr.
Berlin und Frankfurt a. d. O., im April 1848. **Trowitzsch u. Sohn.**

---

Im **J. C. Hinrichs**'schen Verlage ist erschienen und zu finden bei **Grass, Barth u. Comp.**, Max u. Komp., Gosohorsky u. A.:
Ferd. Mackeldeii,
## Systema juris romani hodie usitati.
Post Cl. Rosshirtii curas novissimas nunc primum latine interpretatus est E. E. Hindenburg J. U. D.
gr. 8. 720 S. geh 3⅚ Thlr.

---

## Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.
In Folge des Beschlusses der General-Versammlung vom 30. Mai d. J. laden wir hierdurch die Aktionäre der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft zu einer außerordentlichen **General-Versammlung** ein, die **am 27. d. M. Nachmittags 4 Uhr im hiesigen Bahnhofs-Lokale der Gesellschaft** stattfinden wird, Gegenstände der Berathung sind:
1) die Abänderung der Statuten:
2) die Feuerversicherungs-Angelegenheiten der Gesellschaft,
3) die Bewilligung einer extraordinären Entschädigung in einer Grunderwerbssache und
4) die beantragte Erstattung von Konventionalstrafen, die durch verspätete Einzahlungen verwirkt sind.

Die Vorschläge zur Abänderung der Statuten, welche die in der letzten General-Versammlung ernannte Kommission bevorworten zu müssen glaubt, werden den Aktionären, die sich zur General-Versammlung melden, in den letzten Tagen vor dem anberaumten Termine gedruckt mitgetheilt werden.

An der General-Versammlung Theil zu nehmen, sind nur diejenigen Aktionäre befugt, welche spätestens acht Tage vor der Versammlung ihre Aktien bei der Hauptkasse der Gesellschaft auf dem hiesigen Bahnhofe oder sonst auf eine von der unterzeichneten Direktion als genügend anzuerkennende Weise niederlegen, und dadurch die Zahl der Stimmen, zu denen sie berechtigt sind, nachweisen. Hierüber empfangen dieselben eine Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte in die Versammlung dient und gegen deren Rückgabe die deponirten Aktien in den nächsten Tagen nach der General-Versammlung wieder in Empfang zu nehmen sind. Es steht jedoch den Aktionären auch frei, ihre Aktien spätestens am 19. d. M., als dem 8ten Tage vor der General-Versammlung sowohl bei dem hierzu kommittirten Hauptrendanten Riese in der Hauptkasse auf dem hiesigen Bahnhofe, als auch in Breslau bei dem Billet-Einnehmer Reinecke auf dem dortigen Bahnhofe der Gesellschaft nur anzumelden und vorzuzeigen, die Aktien aber in ihrem Besitz zu behalten. Dieselben empfangen in diesem Falle über die geschehene Anmeldung eine Bescheinigung, die gleichfalls als Einlaßkarte in die Versammlung dient. Sie sind aber verpflichtet, außer dieser Bescheinigung **auch die Aktien selbst beim Eintritt in die General-Versammlung dem Hauptrendanten Riese vorzuzeigen,** welcher dieselben mit den Nummern des bei der Anmeldung aufzunehmenden Verzeichnisses zu vergleichen hat.

Die Inhaber von Prioritäts-Aktien (nicht Prioritäts-Obligationen) der Gesellschaft sind unter Einhaltung vorstehender Bedingungen ebenfalls berechtigt, der General-Versammlung beizuwohnen, ohne jedoch stimmfähig zu sein.
Berlin, den 7. Juli 1848.
**Die Direktion**
**der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

---

## Breslauer Reitbahn-Gesellschaft.
Die General-Versammlung vom 22. Juni d. J. hat eine Dividenden-Vertheilung von 1¼ pCt. für das Halbjahr vom 1. Januar bis ult. Juni d. J. beschlossen. Die Herren Actionaire werden demnach aufgefordert, die auf ihre Actien lautenden Dividendenscheine im Comptoir des Schatzmeisters der Gesellschaft, Kaufmann **A. Fr. Lübbert**, Junkern-Straße Nr. 2, vom 15ten d. M. ab in Empfang zu nehmen, bei welcher Gelegenheit die Original-Actien vorzuzeigen sind. Die Auszahlung erfolgt dann sofort gegen Aushändigung des quittirten Scheines.
Breslau, 9. Juli 1848. **Das Directorium.**

---

## Koppner Bairisch- und Weiß-Bier
wird von heute ab in dem wieder eröffneten Bierkeller
**Schmiedebrücke Nr. 17 zu den vier Löwen**
ausgeschenkt, und einem geehrten Publikum hiermit bestens empfohlen.

---

**Große, mittlere und kleine Wohnungen, Remisen, Böden und Keller zu Woll-Niederlagen**
sind zu vermiethen Reusche Straße Nr. 47/48, drei Linden.

---

Es ist Sonntag den 9ten im Liebich'schen Garten eine silberne Strickscheide mit Haken verloren gegangen; die Kinderschleußerin, welche nach Aussage zweier ihrer Bekannten denselben gefunden hat, wird aufgefordert, ihn im selbigen Garten bei Herrn Gastwirth Kutzner gegen reichliche Belohnung abzugeben.

---

Auf dem Chor der St. Bernhardin-Kirche ist am Sonntag ein schwarzseidener Regenschirm in gleichem Futteral mit Plattschnur stehen geblieben. Der ehrliche Finder wird ersucht, denselben bei dem Herrn Küster der Kirche, gegen eine **reichhaltige Belohnung** abzuliefern.

---

**Vertauscht**
wurde am 28. Juni d. J. in der Schwimmanstalt des Herrn Kallenbach ein grünseidener Regenschirm gegen einen schwarzen dergl., welcher letztere gegen jenen Oderstraße Nr. 7 im Gewölbe in Empfang zu nehmen ersucht wird.

---

Es ist eine goldene, blau und weiß emaillirte, in Form einer Schleife gearbeite Broche, woran 2 Kettchen befindlich, verloren gegangen. Der Finder erhält bei Ablieferung derselben eine angemessene Belohnung, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 75, zwei Treppen hoch.

---

Ein unverheiratheter Jäger, der auch die Gärtnerei versteht, sucht eine baldige Anstellung, als Forst- oder Revier-Jäger; Näheres durch Herrn Berger, Bischofsstraße Nr. 7.

### Bekanntmachung.

Der am 8. April d. J. hierselbst verstorbene Partikulier Siegmund Christian Klose hat in seinem am 29. April d. J. eröffneten Testamente die Caroline verehelicht gewesene Pohl, geborne Mönch, hier, zu seiner Erbin ernannt und mit der Bestimmung, daß die Legate sechs Monate nach seinem Tode ohne Zinsen gezahlt werden sollen. Folgendes angeordnet:

Ich vermache:

1) Sämmtlichen Kindern der Geschwister meines seligen Vaters, des hierselbst verstorbenen Kattunfabrikanten Alexander Ehrhardt Klose, deren Namen ich nicht weiß, die aber dem Kaufmann Hrn. Siegmund Klose zu Straßburg in Elsaß genau bekannt sind, zusammen 16000 Rthl. d. i. Sechszehntausend Thaler.

2) Meinen beiden Enkel-Nichten, Mathilde und Marie Geschwister Schnitzer 14000 Rthl. d. i. Vierzehntausend Thaler, zu gleicher Vertheilung.

3) Den sämmtlichen Enkelkindern meiner Tante, der verehelichten Rustikal-Gutsbesitzerin Frau Kornath, geborenen Lobose, soviel deren vorhanden sind, 200 Rthl. d. i. Zweitausend Thaler.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 7. Juni 1848.

Königliches Stadtgericht. I. Abtheilung.

### Bekanntmachung,

wegen Verdingung der Brod- und Fourage-Lieferung an die außerhalb ihrer Garnisonen detachirten Truppen im 6ten Armee-Corps-Bereiche vom 1. August d. J. ab.

Zur Sicherstellung der Brod- und Fourage-Verpflegung für diejenigen Truppen, welche aus militärischen Maßregeln ihre ursprünglichen Garnisonen verlassen haben und sich gegenwärtig in wechselnden Cantonnements im Bereiche des 6ten Armee-Corps befinden, und zwar vom 1. August d. J. ab, soll die Lieferung des dazu nöthigen Naturalien-Bedarfs in Entreprise gegeben werden.

Wir haben dazu einen Termin

**am 18. d. M. Vorm. 9 Uhr**

im Bureau der unterzeichneten Intendantur, Kirchstraße Nr. 29 anberaumt, zu welchem lieferungslustige Unternehmer in Person zu erscheinen hierdurch eingeladen werden.

Bemerkt wird jedoch hierbei, daß dieses Lieferungs-Geschäft nicht ortsweise ausgeboten werden kann, da die Cantonnements der Truppen durchaus unbestimmt sind, sondern daß die ganze Lieferung in General-Entreprise gegeben werden soll.

Die speziellen Lieferungs-Bedingungen werden 8 Tage vor dem angesetzten Termine bei uns zu Jedermanns Einsicht offen ausliegen.

Breslau, den 8. Juli 1848.

Königl. Intendantur des 6. Armee-Corps.

Weymar.

### Auktions-Anzeige.

Im Auftrage des hiesigen fürstlich kurländisch-standesherrlichen Gerichts werde ich den 9. August d. J. und die folgenden Tage den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Gerichts-Kanzlers Lessing, bestehend aus Möbeln, Kleidungsstücken, Wäsche, Betten, Porzellan, Gläsern, einigem kupfernen Küchengeräth und 2 Wagen öffentlich meistbietend im Sterbehause gegen gleich baare Zahlung versteigern, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade.

Wartenberg, den 8. Juli 1848.

Burgund,
Rendant und Registrator.

### Zu verkaufen

ist veränderungshalber ein **Freigut** in der Gegend von Münsterberg, mit einem freundlichen, massiven Wohnhause, gutem Weizenboden, etwas Holz und Wiesenwachs, bei billiger Anzahlung. Nähere Auskunft wird unter der Adresse A. B. poste restante Münsterberg franco ertheilt.

### Praktisches Rasirpulver,

wovon nur eine kleine Prise einen reichlichen langstehenden Schaum erzeugt, der das Barthaar ganz weich macht, wodurch das Rasiren um Vieles erleichtert wird, in Schachteln zu 3 Sgr.

### Feinste aromatische Mandelseife,

das Packet 5 Sgr.

In Breslau befindet sich die Niederlage bei **S. G. Schwartz**, Ohlauerstraße Nr. 21.

## Geschäfts-Verlegung.

Die Möbel-, Federbetten- und Effekten-Handlung Schmiedebrücke Hotel de Saxe, befindet sich jetzt wieder **Schmiedebrücke Nr. 51**, im weißen Hause, 2 Treppen.

Amalie Spies.

Für ein hiesiges lebhaftes Spezereigeschäft wird ein Lehrling zum baldigen Antritt gesucht; es ist kein Anstoß, wenn derselbe schon in einem Geschäft gewesen ist. Näheres bei C. F. Bartsch, Reuschestraße Nr. 2, zwei Stiegen.

Auf der Erbscholtisei zu Nieder-Peterswaldau, bei Reichenbach, ist die Gast- und Schankwirthschaft von Michaelis d. J. ab an einen soliden Pächter anderweitig zu verpachten. Pachtlustige erfahren die Pachtbedingungen auf der Scholtisei bei dem Eigenthümer.

## Wichtige Anzeige.

Einem hochzuverehrenden Publikum sowie Fabrikbesitzern und Unternehmern empfehle ich mich hiermit im Anfertigen von

## Bleipressen

zum Fabriziren der

## Blei und Zinnröhren

in allen Dimensionen. Eine nach dieser Konstruktion gearbeitete Presse liefert Röhren von ¼ bis 6 Zoll Weite. Es werden vermittelst dieser Maschine mit einem Kostenaufwand für Brennstoffe von 4 Gulden, von nur 2 Menschen und einer Pferdekraft (Dampfkraft) per Tag circa 1300 Pfd. Gaßröhren (Röhren von ¼ bis 1 Zoll Weite), oder 2500 bis 3000 Pfd. Pumpenröhren (Röhren von 1 bis 2½ Zoll Weite) oder 3000 Pfd. Pumpenstiefel (Röhren von 4 bis 6 Zoll Weite) angefertigt. Sämmtliche Röhren werden in- und auswendig verzinnt. Die Kraft wird mit einer Schraubenspindel oder mit hydraulischer Presse erzeugt und von einer Dampfmaschine Manege oder Wasserkraft in Betrieb gesetzt. Ich verspreche bei Bestellung nicht nur einen soliden und kräftigen Bau der Maschine, sondern übernehme auch jede Garantie, und theile die Fabrikation in ihrem ganzen Umfange mit, so daß auch in keiner Hinsicht ein Risico für den Besteller vorhanden ist.

Hierauf Reflektirende erfahren das Nähere in Heddernheim bei Frankfurt a. M. bei

**J. Baab**, Maschinenbauer.

NB. Proben von Röhren, welche diese Maschine liefert, werden auf Verlangen eingesendet.

Eine kinderlose Familie, mosaischen Glaubens, ist Willens, 2—3 Pensionäre unter soliden Bedingungen anzunehmen.

Näheres zu erfragen: Nikolaistraße Nr. 35, in der dritten Etage.

Breslau, den 10. Juli 1848.

Unter meinen **Frankfurter Meßwaaren**, die heute eingetroffen sind, kann ich viele Artikel, zu deren vortheilhafter Anschaffung mir in dieser Messe Gelegenheit geboten war, ihrer wirklichen Preiswürdigkeit halber, empfehlen. Unter Anderem auch ein Zeug mit Namen:

## Nordische Leinewand,

das sich zu Blousen, Damenkleidern und Kinder-Anzügen besonders eignet. Der Stoff ist angenehm, leicht für den Sommer, trägt sich vorzüglich gut, — **und kostet nur 4½ Sgr. die Elle.**

**Adolf Sachs,**
Ohlauerstr. Nr. 5 u. 6, „zur Hoffnung."

### Roisdorfer Mineral-Wasser,

wovon ich eine neue Sendung von **frischester Füllung** empfangen habe, ist als ein kräftiges, auflösendes Heilmittel in Unterleibs-Krankheiten, ganz besonders bei gestörter Harnabsonderung, bei **Stein-** und **Gries-**Beschwerden zu empfehlen, und nebst allen andern Mineral-Wässern stets frisch zu haben bei:

**Carl Friedr. Keitsch**
in Breslau, Stockgasse Nr. 1.

Ein gebildeter junger Mann, der die Landwirthschaft praktisch erlernen will, findet als Wirthschafts-Eleve gegen billiges Honorar sofort Gelegenheit bei dem Unterzeichneten.

Langendorf bei Tost, im Monat Juli 1848.

Brünner, Wirthschafts-Inspektor.

### Fürstensgarten.

Heute Dinstag den 11. Juli: großes Militair-Concert, ausgeführt vom Musik-Meister Herrn Grieben mit seiner aus 38 Mann bestehenden Kapelle des königl. hochlöbl. 22. Inf.-Regts. Entree à Person 2½ Sgr. Anfang 3½ Uhr. Programme werden an der Kasse gratis ausgegeben. **A. Ziegler.**

### Bekanntmachung.

Auf dem Dominio Petersdorf, Liegnitzer Kreises, dicht beim Anhaltepunkt Spittelndorf, stehen **210 gut gemästete Schöpse** zum Verkauf.

## Frische Stockenten,

à Paar 18 Sgr., Krickenten 9 Sgr.; frische Rehrücken à Stück 1⅓—1⅔ Rtlr. die stärksten; Rehkeulen von 1—1⅓ Rtlr. die stärksten, empfiehlt:

Wildhändler **R. Koch**,
Ring Nr. 9 neben 7 Kurfürsten, im Keller.

Hirschfänger, Cartouchen, Pulverhörner und Zündhütchen zur Muskete und Büchse, offerirt billigst die Galanterie- und Kurzwaaren-Handlung **S. Friedländer**,
Reuschestraße Nr. 58 u. 59.

**Taschenstraße Nr. 30** sind 2 Wohnungen zu 60 und 50 Rthl. zu vermiethen.

### Mittel-Wohnungen

im Hofe, sind Karls-Straße Nr. 38 zu vermiethen. Näheres bei **Emanuel Hein**, Naschmarkt Nr. 52.

Eine **Lehrerin**, welche im Französischen und Englischen zu unterrichten versteht und mäßige Anforderungen macht, wird gesucht. Qualifizirte Personen wollen sich deshalb in frankirten Briefen unter Einreichung ihres Prüfungszeugnisses und Angabe ihrer Forderungen an die Adresse A. Z. poste restante Liegnitz wenden.

## Mineral-Brunnen

**von 1848er Füllung.**

Von frischesten bei dem schönsten Wetter gefüllten Brunnen hat wieder erhalten: Marienbader Kreuzbrunn, Eger Franzensbrunn, Eger Salzquelle, Karlsbader Mühl- und Schloßbrunn, Kissinger Ragozzi, Roisdorfer, Emser Kränchen, Adelheidsquelle, Pyrmonter Stahlbrunn, Homburger Elisabetbrunn, Selter, Cudowa, Ober-Salzbrunn, Pillnaer und Saidschitzer Bitterwasser.

**F. W. Neumann,**
in drei Mohren am Blücherplatz.

## Gesucht

wird ein solider junger militairfreier Mann, welcher der Correspondence und der kaufmännischen Buchführung gewachsen ist, und sich zum **Reisenden** für ein Fabrikgeschäft qualificirt.

Bewerber, welche sich hierüber so wie über einen sittlichen moralischen Lebenswandel durch gute Zeugnisse legitimiren können, belieben solche bald in Abschrift bei den Herren **C. Grundmann** Succes., Ohlauer Straße niederzulegen, welche das Nähere gefälligst mittheilen werden.

**Steinkohlen-Theer,**
**Römischer Cement,**
**Mastix** dito
**Asphalt** dito
billigst bei **C. G. Schlabitz**,
Katharinenstraße Nr. 6.

**Wohnungen** von 2, 3 und 4 Stuben, Küche und Beigelaß sind zu vermiethen Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 14. (Ecke des Salvator-Platzes.)

### Zu vermiethen

und Michaelis zu beziehen sind Ring Nr. 38 dritte Etage zwei Vorderstuben, zusammen oder getheilt; Näheres im Gewölbe.

### Die Baude

Ring Nr. 36 bei der grünen Röhre ist zu vermiethen und Michaelis zu beziehen; das Nähere darüber Nr. 36 im zweiten Stock.

### Kupferschmiedestraße Nr. 16

sind einige Wohnungen von je 2 Zimmern, Kabinets, Küche und allem Zubehör zu vermiethen und theils bald, theils Michaelis zu beziehen; Näheres 3 Treppen hoch.

## Wohnungen

zu **80, 60** und **40 Rtl.** sind zu vermiethen Brüderstraße Nr. 2b.

Term. Michaelis zu vermiethen:

1) Eine Wohnung von 5 Stuben, Kabinet, Küche und Zubehör.
2) Ein Handlungs-Lokal, bestehend aus Komptoir, Remisen und Keller.
3) Ein Pferdestall.

**Albrechtstraße Nr. 38.**

## Oderstraße Nr. 4

ist die zweite Etage zu vermiethen, bestehend aus 5 Zimmern, Entree und Beigelaß.

## Zu vermiethen

sind neue Schweidnitzer Straße Nr. 3d veränderungshalber mehrere freundliche Wohnungen zu 3 und 4 Stuben, theils bald oder Michaelis d. J. zu beziehen.

### Zu vermiethen:

Am Ringe, Riemerzeile Nr. 10 eine Wohnung, Michaelis oder Weihnachten zu beziehen. Näheres bei **F. Thun.**

**Zu vermiethen Gartenstraße 32a** eine hohe Parterre-Wohnung von 4, auch 5 Zimmern, Entree und Zubehör, oder eine von 3 Zimmern im zweiten Stock, nebst Gartenlaube in einem großen Garten.

Ein gut gelegener, seit Jahren bestehender Klemptner-Keller nebst Wohnung ist Michaelis zu beziehen. Näheres Stockgasse Nr. 15 eine Stiege. Daselbst ist auch eine große Wohnung für Tischler, Tapezirer und dergl. zu vermiethen.

Ring 59 ist zum Term. Michaelis die zweite Etage für 200 Rtl. zu vermiethen.

### Zu vermiethen

und Michaelis zu beziehen sind Wohnungen in der ersten und zweiten Etage, bestehend aus 5 Piecen, Beigelaß und Garten mit Laube Vorwerksstraße Nr. 31, nahe der äußeren Promenade; Näheres im Hinterhause.

2 Stuben, 1 Alkove, Speisekammer, Küche und Zubehör im ersten Stock vorn heraus zu vermiethen Hummerei 15, und Michaelis zu beziehen.

Neumarkt Nr. 1 sind mehrere Wohnungen auf Michaelis zu beziehen; zu erfragen Antonien-Straße Nr. 4.

Antonien-Straße Nr. 4 im ersten Stock eine Stube bald zu beziehen; im 2ten Stock 4 Stuben, Küche und Zubehör auf Michaelis zu beziehen.

Zu vermiethen Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 20 zwei Stuben, Entree, Küche nebst Beigelaß, bald oder Michaelis zu beziehen.

### Ring Nr. 29,

in der goldenen Krone, ist ein Gewölbe auf Seite der Ohlauerstraße, im ersten Stock eine große Stube als Handlungs-Lokal, im zweiten Stock 2 Stuben und Alkove, im dritten Stock 4 Stuben nebst Zubehör und eine Stube mit Alkove theils bald, theils ab Michaelis zu vermiethen.

In Steinau a O. ist sofort ein Quartier im ersten Stock, bestehend aus 6 Stuben, Küche, Bodengelaß, Keller und Holzstall, für 80 Rtl. jährlich zu beziehen. Näheres in der Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Antonienstraße Nr. 9 ist die zweite Etage von 5 Piecen und eine Hofwohnung von 4 Piecen zu Michaelis vom Wirth daselbst zu vermiethen.

Burgfeld Nr. 13 ist eine freundliche Stube 2 Stiegen vornheraus für einen oder zwei Herren bald zu beziehen.

Zu vermiethen ist eine möblirte Vorderstube im zweiten Stock, wie auch ein Hinterstübchen, Ohlauerstraße Nr. 21.

Nikolaivorstadt Fischergasse Nr. 15 ist eine freundliche Wohnung für einen ruhigen Miether zu vermiethen und Michaelis zu beziehen. Näheres daselbst par terre links.

Zu vermiethen und Michaelis zu beziehen ist Klosterstraße Nr. 55 eine freundliche Wohnung von 2 Stuben, Alkove und Zubehör.

Schweidnitzer Vorstadt, Gartenstraße, ist ein Haus nebst großem Garten und vielem Acker wegen Veränderung in Familien-Verhältnissen zu verkaufen. Näheres wird Herr Lindner, Schmiedebrücke Nr. 20, gütigst mittheilen.

### Gut möblirte Zimmer

sind stets auf beliebige Zeit zu haben und für Fremde bereit Tauenzienstraße Nr. 83 (Tauenzienplatz-Ecke) bei Schultze.

Bald oder Michaelis zu beziehen sind in der Schweidnitzer Vorstadt, Agnesstr. Nr. 8, Wohnungen von 4 Stuben im ersten und zweiten Stock.

### Vermiethungs-Anzeige.

Albrechtsstraße Nr. 37 ist die erste und dritte Etage, jede bestehend in 6 heizbaren Zimmern, Alkove, Küche, Keller rc., nebst Stallung und Wagenplatz, desgl. eine mittlere Wohnung, sämmtlich von Michaelis d. J. ab zu vermiethen, so wie eine kleine Wohnung sofort. Das Nähere bei Herrn Kaufmann **Kohn** daselbst, so wie beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

### Zu vermiethen.

**Schuhbrücke Nr. 36** ist die erste Etage, bestehend in 8 Zimmern nebst Küche und Beigelaß, mit oder ohne Pferdestall und Wagenplatz zu vermiethen und Term. Michaelis zu beziehen.

### Zwei große Keller

sind Ritterplatz Nr. 1 zu vermiethen und bald zu beziehen.

### Ein elegant möblirtes Zimmer,

mit schönster Aussicht, ist an einen soliden Mann sofort zu vermiethen: Stadt Brandenburg, 2 Stiegen rechts.

Ring Nr. 57 Naschmarktseite ist ein Handlungs-Lokal, bestehend in einem Comptoir, 2 bis 3 großen Remisen, nöthigenfalls auch Keller und dazu eine Wohnung von 2 Stuben mit Schlafkabinetten und Küche für 250 Rthlr. jährlich, oder auch die Wohnung für sich für 100 Rthlr. jährlich zu vermiethen und beliebig zu beziehen. Näheres Ring Nr. 6 im Porzellan-Gewölbe.

### Breslauer Getreide-Preise

am 10. Juli 1848.

| Sorte: | beste | | mittle | | geringste | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, weißer | 54 | Sg. | 51 | Sg. | 48 | Sg. |
| Weizen, gelber | 51 | „ | 48 | „ | 45 | „ |
| Roggen . . . | 30½ | „ | 28 | „ | 26 | „ |
| Gerste . . . . . . . | 27 | „ | 25 | „ | 23 | „ |
| Hafer . . . . . . . | 19 | „ | 18 | „ | 17 | „ |

### Breslau, den 10. Juli 1848.

**(Amtliches Cours-Blatt.)** Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duk. 96½ Br. Kaiserl. Duk. 96½ Br. Friedrichsd'or 113⅔ Br. Louisd'or 112¼ Gld. Poln. Courant 90¾ Gld. Oester. Banknoten 87¾ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 73¾ Br. Großherz. Posener Pfandbriefe 4% 91 Gld, neue 3½% 77⅚ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 92¾ Br., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 92¾ Gld., 3½% 79½ Gld. Alte polnische Pfandbriefe 4% 85⅔ Gld., neue 85¾ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79 Gld. Oberschlesische Litt. A. 3½% 80¼ Gld., Litt. B. 80¼ Gld. Krakau-Oberschles. 34 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 70 Br. Köln-Minden 3½% 73¼ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37¾ Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. 142½ Gld. Berlin 2 Mt. 99 Gld., k. S. 99¾ Gld. Hamburg 2 Mt. 149¾ Gld., k. S. 150⅚ Br. London 3 Mt. 6. 21⅚ Gld.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.